

# Ostland

Halbmonatsschrift für Ostpolitik / Herausgeber: Bund Deutscher Osten e. V.

Nr. 13

Berlin, den 1. Juli 1938

19. Jahrgang

## Zur Polenbund-Beschwerde

In den ersten Junitagen hat sich der „Bund der Polen in Deutschland“ beschwerdeführend an den Reichsminister des Innern mit einer Eingabe gewandt, die in summarischer Zusammenfassung eine Reihe angeblicher Beeinträchtigungen der polnischen Volksgruppe im Deutschen Reich enthält. Zunächst sei der Gehalt der Eingabe dem Leser in großen Zügen zur Kenntnis gebracht. Sie stellt einleitend fest: „Seit der Erklärung der Deutschen Reichsregierung über die Behandlung der polnischen Volksgruppe im Deutschen Reich, anlässlich des Empfanges von Vertretern dieser Volksgruppe durch den Führer und Reichskanzler Adolf Hitler am 5. November 1937, hat sich die Lage der polnischen Volksgruppe im Deutschen Reich nicht gebessert. Der status quo ante ist nicht nur geblieben, die Lage der polnischen Volksgruppe hat sich im Gegenteil wesentlich verschlechtert.“ In der Folge erkennt die Eingabe zwar an, daß in Marienwerder ein zweites polnisches Gymnasium eröffnet worden sei. Aber weder zum Bau eines Lyzeums in Ratibor noch einer polnischen Volksschule in Groß-Dammer sei die baupolizeiliche Genehmigung erteilt worden. Auch stehe noch die Genehmigung zur Wiedereröffnung von drei Schulen im Kreise Bütow aus. Weiter sei das polnische Schulwesen angeblich dadurch beeinträchtigt, daß Erziehungsberechtigte, die ihre Kinder in die polnische Schule schicken, mit wenigen Ausnahmen keine Kinderbeihilfen, keine Betreuung durch das W.H.V. oder im sonstigen Unterstützungs- und Arbeitswesen erhielten. Die Umschulung sei durch Verwaltungsmaßnahmen kompliziert worden, und schließlich bedeute die Schließung des polnischen Lehrausbildungskurses in Bruthen für die polnischen Schulen insofern eine besondere Gefahr, als der Heranziehung staatspolnischer Lehrer desjenigen rechtliche Schwierigkeiten im Wege ständen. Beklagt wird weiter, daß Minderheitsangehörige auf der Universität oder Hochschule, an der immatrikuliert zu werden schon mancherorts schwierig sei, Studentenausweise in der nämlichen Farbe wie die Juden erhielten. Auf den letzten Punkt sei hier schon eingegangen. Es ist ein zufälliges Zusammentreffen, daß polnische Volksangehörige und Juden, beide als Nichtmitglieder des „Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes“ die gleiche Ausweisfarbe haben. Eine solche Gleichstellung war jedenfalls nicht beabsichtigt, und man sollte diesen keineswegs erfreulichen Zustand schnellstens beseitigen.

Im wirtschaftlichen Bereich soll die Volksgruppe nach Angabe der Denkschrift vor allem in ihrem Genossenschaftswesen von deutscher Seite, Partei, Beamte und natürlich auch B.D. boykottiert werden. Auch seien die Genossenschaften in dem Handel mit einigen Waren, so auch mit Getreide, sehr beschränkt worden. Des weiteren wendet sich die Denkschrift gegen die Arbeitsdienstpflicht, gegen die Einordnung in den Reichsnährstand und andere betriebsständische Organisationen und gegen die Unterstellung des polnischen Bauentums unter das Reichserbhofrecht.

Schließlich entnehmen wir der Eingabe folgende Sätze: „Es sind Fälle vorgekommen, daß polnische Volkszugehörige wegen ihres offenen Bekenntnisses zum polnischen Volkstum beleidigt, überfallen, mißhandelt worden sind; in einzelnen Fällen war die persönliche Sicherheit des polnischen Volkszugehörigen derart gefährdet, daß er bei Nacht und Nebel Haus und Hof verlassen und anderweitig Schutz und Unterkunft suchen mußte. Auch in wirtschaftlicher Beziehung wird das offene Bekenntnis zum Polentum in häufigen Fällen

zum Anlaß von Beeinträchtigungen genommen. Angehörige der polnischen Volksgruppe, die einen Geschäftsbetrieb haben, sind vielfach Gegenstand des Boykotts, indem seitens Angehöriger von nationalen Verbänden und durch lokale Beamte und sonstige Detestellen die Bevölkerung gegen sie aufgehetzt und dazu aufgefordert worden ist, nicht bei den Polen ihre Einkäufe zu machen."

Das mag genügen, um einen Einblick in den Inhalt der Eingabe zu geben. Und nun zum Echo, das die Eingabe in der polnischen Presse gefunden hat. Aus ihm ergibt sich, daß der Schritt der Volksgruppe allein aus der politischen Gesamtsituation heraus zu bewerten ist. Allein das Organ der polnischen Regierung, die „Gazeta Polska“, begnügte sich damit, den Inhalt der Eingabe wiederzugeben und sich im übrigen auf eine an sich verständliche Anteilnahme an dem Wohlergehen der Auslandsvolksgruppe zu beschränken. Die Oppositionspresse hingegen, und nicht nur sie allein, sah in der Eingabe die schon lange erwartete billige Gelegenheit zu einer Entlastungsaktion für die eigene, keineswegs mit den Grundrissen der Erklärung vom 5. November in Einklang stehende Minderheitenpolitik. Ihr war es schon lange höchst unangenehm, daß das Deutschtum in Polen beinahe täglich nicht durch irgendwelche allgemein gehaltene Behauptungen, sondern durch Tatsachen die Zweispaltigkeit der polnischen Minderheitenpolitik anprangern mußte.

Das aber müßte eine schlechte Zeitung sein, die aus einer derartigen Entlastungsaktion nicht zugleich Nutzen für die künftige Zeit zu ziehen versteht. Und richtig, es wird auch der polnischen Regierung Jaghaftigkeit vorgeworfen und die Behauptung aufgestellt, daß angehts der „verzweifeltsten Lage“ der Polen im Reich diesen allein dadurch geholfen werden könne, daß gegen das Deutschtum in Polen mit gleicher Schärfe vorgegangen werde. Hierin liegt die eigentliche Bedeutung der Eingabe. Nur am Rande sei noch vermerkt, daß eine polnische Zeitung, der „Goniec Warszawski“, glaubte, Erpressungen mit Weltpolitik verbinden zu können, wenn er schrieb: „Jeder unparteiische Engländer, Amerikaner oder Italiener, der die Denkschrift des Polenbundes in Deutschland durchliest, muß sich unwillkürlich fragen, wie Berlin sich erklären kann, an eine territoriale Autonomie für die Sudetendeutschen in der Tschechoslowakei zu denken, wenn es selbst die polnische Minderheit im Reiche knebelt.“ Nur Torheit oder politische Verblendung kann zwei so verschiedene Dinge wie Sudetendeutschtum und Polentum im Reich in einem Atemzuge nennen.

Das Deutschtum in Polen hat alsbald erkannt, welche ungeheure Gefahr ihm aus der propagandistischen Ausnutzung der Eingabe des Polenbundes in Polen erwachen kann. In der Annahme jedoch, daß gerade gegenwärtig die polnische Öffentlichkeit besonders feinfühlig für die Notwendigkeiten eines wirklichen Minderheitenschutzes und einer ehelichen Minderheitenpolitik ist, hat es die Gelegenheit wahrgenommen, durch Gegenüberstellung und Vergleich seiner eigenen Beschwervernisse mit den Behauptungen der Eingabe der polnischen Öffentlichkeit zu zeigen, wie wenig seine Lage den in der Erklärung der polnischen Regierung vom 5. November 1937 bekanntgegebenen Grundsätzen über die Behandlung der Minderheiten entspricht.

Wenn im folgenden auf diese Gegenüberstellung bei der Besprechung der einzelnen Beschwerdepunkte der Eingabe des Polenbundes zurückgegriffen wird, so geschieht es nicht, um die polnischen Beschwerden zu entkräften. Die deutsche Minderheitenpolitik bedarf nicht einer solchen Hilfestellung, die letztlich doch nur zum Ziel haben könnte, etwaiges Unrecht durch Herdorkkehrung größeren Unrechtes auf der anderen Seite zu bagatellisieren. Sie ist aber sehr wohl dazu angetan, die Legende von der glücklichen Lage der Deutschen in Polen und dem „Elend“ der Polen in Deutschland gründlich zu zerstören.

Bei der Durchsicht der polnischen Eingabe fällt zunächst auf, daß die Polen solche Beschränkungen als besondere Beschwervernis der Polen hinstellen, die jedem Deutschen aus Gründen des Gemeinwohls auferlegt sind, und daß die Polen fernerhin durch eine ins Absurde geführte Gegenüberstellung von Volk und Staat sich Pflichten zu entziehen suchen, die, mögen sie auch im Sinne der deutschen Weltanschauung gestaltet sein, doch zugleich staatsbürgerliche sind.

In die erste Gruppe gehören die Beschwerden über Schwierigkeiten bei der Auswahl der Hochschule für Studierende, die Klage über Handelsbeschränkungen mit gewissen Waren und über die Lenkung des Arbeitseinsatzes, durch die Arbeitskräfte aus arbeitsarmen Gebieten in arbeitsreiche Gebiete gebracht werden. Wie verhält es sich denn mit den Schwierigkeiten bei der Wahl der Hochschule? Einige deutsche, erfahrungsgemäß besonders überlaufene Universitäten haben, um den ordnungsgemäßen Lehrbetrieb sicher-

zustellen, eine Höchstzahl der Studierenden festgesetzt erhalten. Ist diese Höchstzahl erreicht, muß jede weitere Immatrikulation abgelehnt werden. Das Schicksal zurückgewiesen zu werden, kann alle, die zu spät kommen, treffen und nicht nur die Polen allein.

In die andere Beschwerdegruppe gehören die Ablehnung des Arbeitsdienstes, der Eingliederung in die berufsständischen Organisationen und der Unterstellung unter das Reichserbhofrecht. Die Polen geben selbst zu, daß sie von der Zugehörigkeit zu ausschließlich volkstumsmäßigen Organisationen befreit sind. Es muß hier die Frage aufgeworfen werden, ob überhaupt der rein volkstumsmäßige Charakter der VÖZ gerechtfertigt ist. Alle anderen Einrichtungen haben einen über das Volkstumsmäßige hinausgehenden Sinn. So ist es Zweck des ständischen Aufbaus, die in einem bestimmten Arbeitsgebiet tätigen Menschen zusammenzufassen, um ihre Arbeit dem ganzen Volke nutzbar zu machen. Die Stände sollen ferner für einen gerechten Ausgleich zwischen den einzelnen Standesangehörigen und auch zwischen den Ständen sorgen. Die Arbeit der Stände dient also in erster Linie der Leistungsgemeinschaft aller deutschen Staatsangehörigen, und mit dieser Gemeinschaft sind auch die Volksfremden auf Gedeih und Verderb verbunden. Der Arbeitsdienst aber ist wie in Polen eine Einrichtung des Staates, deren Leistung allen zugute kommt. Im Gegensatz zu unseren Polen hat das Deutschtum in Polen das anerkannt und schickt seine Söhne willig in den polnischen Arbeitsdienst.

Eines besonderen Eingehens bedarf die Beschwerde über das Reichserbhofrecht. Die Wahrung deutscher Erbsitte liegt im Interesse der Wirtschaft des Reiches an sich. Denn an die Wirtschaft wird gegenwärtig die Forderung gestellt, durch ein Höchstmaß von Leistung die Versorgung des deutschen Volkes aus eigenen Rohstoffen und aus dem eigenen Boden sicherzustellen. Eine Landwirtschaft, die überschuldet und so Objekt der Spekulation (auch der durch Volksbanken) werden kann, die durch Teilung zu einer immer weniger intensiven Wirtschaft gezwungen wird, kann solche Aufgaben nicht erfüllen. Die vornehmlich in Ostpolen beheimatete polnische Erbsitte aber, die in ständiger Realteilung des Bodens besteht, führt zu solchen Ergebnissen, wie man sie am besten in Galizien studieren kann. Daher ist die Unterstellung des polnischen Bauertums unter das Erbhofrecht eine Notwendigkeit, von der das Polentum nicht nur wegen der Wahrung des Besitzes in polnischer Hand, sondern auch als Glied der deutschen Volkswirtschaft seinen Nutzen hat. Der Kampf um eine polnische Erbsitte erweist sich aber vollends als eine politische Demagogie, wenn man sieht, daß in Polen selbst mit den Schäden dieser Erbsitte aufgeräumt wird. Durch Kommassation wird dort die unwirtschaftliche Streulage kleinster Besitzstücke beseitigt. Die Agrarreform soll der Schaffung lebensfähiger Bauernstellen und der Vereinstellung zusätzlichen Bodens für Kleinbetriebe dienen. Bei allen sogenannten besitzbeseitigten Betrieben aber ist die Teilung von einer behördlichen Genehmigung abhängig.

Unter den sonstigen Beschwerden des Polenbundes steht die Schulfrage im Vordergrund. Insofern wird die Eröffnung von fünf Schulen gefordert. Ueber die Berechtigung dieser Forderung hat die Regierung zu entscheiden. Doch hat gerade hierbei die von Polen so häufig betonte Notwendigkeit einer Gegenseitigkeit ihre Bedeutung, als doch wohl auch von polnischer Seite die Erledigung einiger dringlicher deutscher Schulfragen in Aussicht gestellt, aber bis heute nicht verwirklicht worden ist. Im übrigen aber sind gerade zu der Schulfrage die Gegenüberstellungen recht bedeutsam. Das Polentum, dessen privates Schulwesen seit der Ordnung von 1828 sich in einer stetigen, den Kräften der Volksgemeinschaft analogen Entwicklung befindet, fühlt sich beschwert, daß seine Aufbauarbeit nicht rascher von statten geht. Wie anders sieht es bei den Deutschen drüben aus. Seit 1925 hat es rund 400 öffentliche Unterrichtsbetriebe allein in den Wojewodschaften Posen und Pommerellen verloren. Heute müssen bereits mehr als die Hälfte aller deutschen Kinder in rein polnische Schulen gehen. In Wolhynien sind es gar von 7 500 deutschen Kindern 5 800. Gerade die Vorgänge in diesem Jahre, also nach der Minderheitenklärung, zeigen uns, daß das Deutschtum drüben im Gegensatz zum Polentum hier einen verzweifelten Kampf gegen die Vernichtung seiner Schulen zu führen hat. Rund 10 Schulen, darunter solche mit 150 oder gar über 200 Schülern sind geschlossen oder ihre Schließung angedroht worden. Aus dem Kreis Rybnik wurden dieser Lage die Ergebnisse der Sprachprüfungen, die bekanntlich drüben, aber nicht bei uns der Einschulung in die Minderheitenschule voranziehen, bekannt. Auf Grund dieser „Sprachprüfungen“ wurde in Rybnik selbst von 135 Anmeldungen zur deutschen Privatschule nur 21 Anmeldungen stattgegeben. Von 28 Anmeldungen zur privaten deutschen Schule in Chwallowitz wurden nur 9, von 22 in Wilcza 3 und in Hohenbirken von 27 nur 17 zugelassen.

Hierbei kommen wir zugleich zu dem Thema der wirtschaftlichen Beeinträchtigung. In Schwallowitz werden alle die Kinder zurückgewiesen, deren Väter im Deutschen Reich einen Arbeitsplatz gefunden haben. Der Polenbund hat es unterlassen, diese Beschwerden, wie auch die über Mißhandlungen durch Latschen zu belegen. Er konnte wohl nicht an der Latsche vorbei, daß im Deutschen Reich ein jeder, mag er Deutscher oder Pole sein, Arbeit bekommen kann. Wie es gerade hiermit in Polen steht, weiß der Leser aus früheren Ostlandheften. Systematische Boykottaktionen, organisierte Boykottwochen sind wohl in Polen an der Tagesordnung, nicht aber bei uns. Und wenn der Polenbund von Mißhandlungen polnischer Volkszugehöriger spricht, so scheint er an die Meinungen zu denken, die vor einiger Zeit in der polnischen Presse auftauchten. Hat er überleben, daß sie baldigst dementiert werden mußten?

Der „Kurjer Wodzyń“ schlug dieser Lage unter dem Eindruck des „Glücks“ der Polen in Deutschland vor, die Jugend beider Volksgruppen auszutauschen. Wir fürchten nur, daß die polnische Jugend im Deutschen Reich wenig dafür zu haben sein wird, ein Leben in Arbeit und wirtschaftlicher Sicherheit gegen ein ungewisses Schicksal einzutauschen. A. 5.

## Geheimnis um Prager Nationalitätenstatut

In politischer Festesstimmung haben die Tschechen die Schwelle des Jahres 1938 überschritten. Der Ablauf des zwanzigsten Jahres ihrer staatlichen Selbständigkeit sollte Anlaß sein, den Zweifeln an der Existenzfähigkeit des tschechischen Staates triumphierend seine Lebensbilanz vorzuhalten und der Welt an der inneren Konsolidierung des Staates zu zeigen, wie gerechtfertigt sie durch seine Errichtung ist. Das Nationalitätenproblem in Mitteleuropa, das schon einmal einen großen Weltbrand ausgelöst hat, sei gelöst. Mitteleuropa sei, soweit es von der Tschecho-Slowakei beherrscht wird, konsolidiert. So wenigstens bemühte sich Prag, der Welt die Zustände in seinem Staate glaubhaft zu machen.

Der frische Märzwind, der in Oesterreich das Schuschnigg-System hinweg gefegt hatte, zerstörte auch das Trugbild von der inneren Konsolidierung der Tschecho-Slowakei. Der Zusammenbruch des sudeten-deutschen Regierungsaktivismus und die Eingliederung seiner Parteien in die Sudeten-deutsche Partei Konrad Henleins beleuchtete bligartig die Situation. In der historischen Sitzung des Prager Parlamentes am 29. März gaben die Vertreter der einzelnen Nationalitäten spontane Erklärungen ab, in denen sie übereinstimmend feststellten, daß das Nationalitätenproblem nicht gelöst sei und seine Lösung nur auf der Basis der Gleichberechtigung erfolgen kann, die sich wiederum nur in der Einaräumung einer weitestgehenden Autonomie verwirklichen lasse.

Das waren schrille Misttöne in die Vorbereitungsmusik der Tschechen anlässlich ihres Staatsjubiläums. Durch eine Regierungserklärung, der bezeichnenderweise besonders die Kommunisten stark sekundierten, glaubte man ausgleichen zu können.

In diesen Wochen tauchte zum ersten Mal die Nachricht auf, die Prager Regierung bereite ein „Nationalitätenstatut“ vor, das eine großzügige Lösung der aufgetauchten innerpolitischen Schwierigkeiten bringen werde. Es soll eine Kodifizierung aller den „Minderheiten“ zustehenden Rechte enthalten. Hier zeigte sich gleich zu allem Anfang, daß die Tschechen nicht entschlossen waren, von ihrer Nationalstaatsfiktion abzugeben und eine verfassungsmäßige Umgestaltung des Staates vorzubereiten. So mußte der aufgetauchte Regierungsplan sofort auf Widerstand stoßen, denn die einzelnen Völker und Volksgruppen in der Tschecho-Slowakei kämpften nicht um die Kodifizierung ihrer mindereren Rechte, sondern um die Anerkennung ihrer Gleichberechtigung im Staate, das heißt um ihre völlige Volkssouveränität.

Konrad Henlein hat, um seine Unklarheit über die Forderung des Sudetendeutschturns zu lassen, in seiner großen Karlsbader Rede am 24. April die Grundsätze bekanntgegeben, nach denen sich die Neuordnung zwischen Deutschen und Tschechen im Sudetenraum vollziehen muß. Er sprach nicht als Parteimann, sondern als der legitimierte Sprecher des ganzen Sudetendeutschturns. Er stellte zunächst fest: Die völkerrechtlichen Verpflichtungen der Tschechen ergeben sich: 1. aus dem Vorfriedensvertrag, der als Friedens-

grundlage die bekannten 14 Punkte Wilsons bestimmt; 2. aus den Denkschriften der tschecho-slowakischen Friedensdelegation an die Friedenskonferenz und der Note Dr. Benesch vom 20. Mai 1919, ferner der Feststellung der Friedenskonferenz hierzu; 3. aus dem Staatsvertrag von St. Germain vom 10. September 1919. Dieser Hinweis war notwendig, weil diese Verträge alle jene Bestimmungen enthalten, die nun von seiten der Prager Regierung in ihrem geplanten Nationalitätenstatut kodifiziert werden sollten. Sie wurden von den Tschechen bisher nicht eingehalten und, selbst wenn sie es getan hätten, wären sie nicht ausreichend, die Lebensrechte der einzelnen Nationalitäten sicher zu stellen.

Wenn es den tschechischen Staatsmännern wirklich ernst ist, mit dem deutschen Volk in ein freundschaftliches Verhältnis zu kommen, so erweist sich folgendes als unerlässlich: 1. eine Revision des irrigen tschechischen Geschichtsmythos; 2. eine Revision der unglücklichen Auffassung, daß es die Aufgabe des tschecho-slowakischen Volkes wäre, das slawische Bollwerk gegen den sogenannten deutschen Drang nach Osten zu sein; 3. eine Revision jener außenpolitischen Stellung, die den Staat bisher in die Reihe der Feinde des deutschen Volkes geführt hat. Das tschechische Volk hatte 20 Jahre lang Zeit, die inneren Verhältnisse zur Zufriedenheit aller Völker zu gestalten. Am Ende dieser 20 Jahre muß gesagt werden, daß seine Staatsmänner nach drei Eriten hin nicht erfüllt haben, was man von ihnen hätte erwarten müssen: 1. sie haben die freiwillig in den Denkschriften an die Friedenskonferenz abgegebenen Versprechungen nicht gehalten; 2. sie haben ihre Verpflichtungen aus dem Vertrage von St. Germain nicht gehalten; 3. sie haben ihre staatsrechtlichen Verpflichtungen, die sie in der Staatsverfassung eingegangen sind, nicht gehalten.

Nach diesen Feststellungen formulierte Konrad Henlein die Forderungen des Sudetendeutschtums in acht Punkten. Sie lauten:

1. Herstellung der vollen Gleichberechtigung und Gleichrangigkeit der deutschen Volksgruppe mit dem tschechischen Volk.
2. Anerkennung der sudetendeutschen Volksgruppe als Rechts-  
persönlichkeit zur Wahrung dieser gleichberechtigten Stellung im Staate.
3. Feststellung und Anerkennung des deutschen Siedlungsgebietes.
4. Aufbau einer deutschen Selbstverwaltung im deutschen Siedlungsgebiete,  
in allen Bereichen des öffentlichen Lebens, soweit es sich um Interessen und Angelegen-  
heiten der deutschen Volksgruppe handelt.
5. Schaffung gesetzlicher Schutzbestimmungen für jene Staatsangehörige,  
die außerhalb des geschlossenen Siedlungsgebietes ihres Volkstums leben.
6. Beseitigung des dem Sudetendeutschtum seit 1918 zugefügten Unrechtes und  
Wiedergutmachung der ihm durch dieses Unrecht entstandenen Schäden.
7. Anerkennung und Durchführung des Grundsatzes: Im deutschen Gebiet deutsche  
öffentliche Angestellte.
8. Wolle Freiheit des Bekenntnisses zum deutschen Volkstum und zur deutschen  
Weltanschauung.

Das tschechische Echo auf diese sudetendeutschen Forderungen war ein einziges „Un-  
annehmbar!“ Die tschechische Presse begann mit einer leidenschaftlichen Heße, die  
jede Verhandlungsumgebung vergiftete. „Wir haben den Deutschen mehr gegeben, als  
ihnen nach den Verträgen zusteh!“ — „Die Forderungen Henleins grenzen an Hoch-  
verrat“ — „Die Sudetendeutschen wollen die Republik zer schlagen“ — das war ungefähr  
der Tenor der tschechischen Presse. Damit wurden zugleich die Strafe aufgepuscht und  
jener Blutterror ausgelöst, der nun schon seit Wochen in den sudetendeutschen Gebieten  
herrscht. Die Tschechen glaubten und hofften durch diese Terrormaßnahmen und durch  
Versehung der sudetendeutschen Gebiete in den Kriegszustand das Sudetendeutschtum ein-  
zuschüchtern und müde zu machen. Sie erwarteten, wie sie offen eingestehen, von ihrem  
Vorgehen auch eine Beeinflussung der Gemeindevahlen. Ihr Ergebnis hat aller Welt  
gezeigt, daß alles Fehlspekulationen waren. Das Sudetendeutschtum hat sich  
geschlossen hinter Konrad Henlein und seine Forderungen  
gestellt.

Die tschechischen Gewaltmaßnahmen haben dem Ausland klar vor Augen geführt, daß sie nicht geeignet sind, die notwendige Entspannung herbeizuführen. Paris und London verschärfte daher seinen Druck auf Prag. Die tschechischen Staatsmänner erklären ihre „Bereitswilligkeit, bis an die äußerste Grenze der Verständigung mit den Sudetendeutschen zu gehen“. Gleichzeitig aber setzt die tschechische Presse ihren Druck auf die Regierung fort und appelliert drohend an ihre Unnachgiebigkeit. So ließen seit Wochen Besprechungen, die von der Prager Regierung als Verhandlungen um das Nationalitätenstatut deklariert werden, von den Vertretern der Sudetendeutschen Partei aber als Gespräche bezeichnet werden, die den Lagefragen statt einer grundsätzlichen Regelung des Nationalitätenproblems galten. Da, der Vorsitzende des parlamentarischen Klubs der ČSP, der Abgeordnete Kuntz, erklärte ganz offen, daß das Nationalitätenstatut, von dem der tschechische Ministerpräsident zu den ausländischen Diplomaten sprach, es stünde vor der unmittelbaren Verkündung, überhaupt noch gar nicht existiere.

Am 8. Juni übermittelte Abg. Kuntz dem Ministerpräsident Hodscha ein Memorandum, das die Zusammenfassung der sudetendeutschen Forderungen auf Grundlage der acht Karlsbader Punkte Konrad Henleins enthält. In seinem Begleit Schreiben machte Abg. Kuntz neuerlich darauf aufmerksam, daß gewisse offizielle Informationen und Interviews den falschen Eindruck erwecken, als ob Gegenstand der Besprechungen das Nationalitätenstatut der Regierung wäre. Die sudetendeutsche Partei müsse nun endlich vor Beginn meritorischer Verhandlungen Klarheit darüber verlangen, ob wie bisher die Grundzüge und Vorschläge der Sudetendeutschen Partei die Gesprächsgrundlage bilden sollen oder ob von der Regierung das sogenannte Nationalitätenstatut als Verhandlungsgrundlage gedacht ist. Für den letzteren Fall behält sich die Sudetendeutsche Partei ihre Stellungnahme vor, da ihr das Statut nicht bekannt ist.

Hier sind die Prager Täuschungsmethoden der internationalen Öffentlichkeit eindeutig gebremst. Die mangelnde Verständigungsbereitschaft der Tschechen ließ alle bisherigen Besprechungen ergebnislos verlaufen. Am 19. Juni veröffentlichte die Prager Regierung eine amtliche Erklärung, in der es u. a. heißt:

„Die Arbeiten der Regierung in dieser Woche konzentrierten sich auf die Frage der Nationalitätenpolitik. Da die verfassungsrechtlichen und administrativen Experten, die die Regierung mit der Prüfung aller vorliegenden, die Lösung der Nationalitätenfragen betreffenden Anträge betraut hat, zu einigen Punkten des Arbeitsprogrammes der Regierung ihr Gutachten ausgearbeitet haben, hat das Wochenende eine erhebliche Beschleunigung des Fortganges der Arbeiten im politischen Ministerratsauschuß gebracht. Der Fortgang der Regierungsarbeiten ermöglicht schon jetzt die Vorbereitung der formal-offiziellen Etappe der Verhandlungen zwischen der Regierung und der Sudetendeutschen Partei. Der Ausschuß der politischen Minister hat deshalb dem Antrag des Vorsitzenden der Regierung zugestimmt, daß diese Verhandlungen mit der Sudetendeutschen Partei, deren bevollmächtigte Verhandlungsdelegierte der Vorsitzende der Regierung bei den bisherigen vorbereitenden Konferenzen nach und nach kennengelernt hat, unter Teilnahme der Ressortminister geführt werden. Die einzelnen Minister werden gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Regierung die Verhandlungen über jenen Stoff der in Vorbereitung befindlichen legislativen Maßnahmen führen, der in den Geltungsbereich ihrer Ressorts fällt. Die Verhandlungen mit der Sudetendeutschen Partei werden also offenbar geführt werden: vom Innenminister Dr. Černý, denn die Neuregelung betrifft die öffentliche Verwaltung, weiter vom Schulminister Dr. Frankl, dem die Aufgabe zufällt, das große und komplizierte Problem der kulturellen und Schulfragen zu lösen, dem Justizminister Dr. Džerž, dessen Ressort neben einigen kleineren, die Gerichtsadministrative betreffenden Fragen berufen ist, über die juristische Formulierung des ganzen Projektes des oder der Gesetze zu wachen, die aus den Verhandlungen resultieren werden, und dem Minister für die Umgestaltung der Gesetzgebung und öffentlichen Verwaltung, Mgr. Dr. Šramel.“

Diese Erklärung bedeutet trotz allen bekundeten Optimismus das klare Eingeständnis, daß die bisherigen Bemühungen des Ministerpräsidenten ohne Erfolg geblieben sind. Sie scheiterten an dem Widerstand der schwarz-roten Koalition. Es ist festzuhalten, daß gerade von jenen Parteien, die die Völkerverständigung als politisches Sonderprogramm auf ihre Fahnen geschrieben haben, gegen eine innerstaatliche Befriedigung und damit gegen eine Entspannung in Europa der größte Widerstand entgegengesetzt wird. Wie die amtliche

Mitteilung sagt, glaubt Hodzcha die Verhandlungen dadurch vorwärts zu treiben, daß er die Verantwortung aufteilt. Wenn man bedenkt, daß nun als neuer Verhandlungspartner die Exponenten der schwarz-roten Koalitionspartheien erscheinen, die ihre ablehnende Haltung gegen jeden Ausgleich, der über den Rahmen der bisherigen Verhältnisse hinausgeht, offen zugeben, dann zeichnen sich schon bei Beginn der „zweiten Verhandlungsphase“ schlechte Perspektiven für ihren Ausgang ab. R. B.

## Das polnische Klima

Es ist nicht die Absicht des Obersten Bef., Polen in irgendeiner Form an Deutschland zu binden. Für die oppositionellen Parteien, die sich im Gegensatz zur verantwortlichen Regierung offen zu ihrer deutschfeindlichen Einstellung bekennen, ist die Entwicklung, die die polnische Außenpolitik seit dem Abschluß des Gewaltverzichtspaktes vom Januar 1934 genommen hat, eine angenehme Enttäuschung gewesen: Polen hat sich aus der unfreiwilligen Bindung an Deutschland zu lösen vermocht, seitdem durch diesen Pakt die akute Konfliktgefahr aus dem Wege geräumt worden ist. Die Außenpolitik, die Oberst Beck seit sechs Jahren verfolgt, kann zu den beabsichtigten Erfolgen nur führen, wenn sie an die deutsche Außenpolitik weder feindlich gefesselt, noch freundschaftlich gebunden ist. Der Sinn der „Normalisierung“ der deutsch-polnischen Beziehungen ist für Polen nicht in der Zusammenarbeit mit Deutschland, sondern in der Fernhaltung von Deutschland zu suchen. Der „Ezpresz Poranny“ hat vor kurzem in einem Artikel, in dem er eine ideologische Rechtfertigung der polnischen Außenpolitik zu bringen versuchte, von einem „dritten Europa“ gesprochen, das sich von Skandinavien bis zum Balkan erstreckt und das in seiner politischen Haltung durch eine Gemeinschaft der Ziele und der Methoden, durch etwas, was man als „ein gemeinsames politisches Klima“ bezeichnen könne, gekennzeichnet sei. Nach dieser Ausdeutung ist die polnische Außenpolitik, die in diesem Klima gedeiht, „gegen niemand gerichtet“; tatsächlich richtet sie sich gegen jeden, der den polnischen Führungsanspruch im ostmitteleuropäischen Raume bestreitet. Nach dieser Ausdeutung verfolgt diese Außenpolitik kein anderes Ziel als das, zwischen die feindlichen Lager, die den Frieden Europas gefährden, einen „Block der Neutralen“ zu legen; tatsächlich läuft sie darauf hinaus, ihren Urhebern die Wahl zwischen den feindlichen Lagern offen zu halten.

Diese Außenpolitik hat für Polen in den letzten Jahren zu gewissen Erfolgen geführt. Das polnische Verhältnis zu Rumänien hat sich gefestigt, eine Tatsache, die durch die kürzlich erfolgte Rangerbhöhung der beiderseitigen Gesandtschaften betont worden ist. Der Umschwung in Rumänien ist den polnischen Bemühungen um eine politische und militärische Zusammenarbeit mit diesem Staate günstig gewesen. Die Zusammenarbeit dient der Abwehr des sowjetrussischen Druckes, der über die schwachen Grenzzoneen der beiden Nachbarn zur befreundeten Tschecho-Slowakei durchzubrechen versucht. Auf der Grundlage der polnisch-tschechischen Rivalität hat die „traditionelle Freundschaft“ Polens mit Ungarn ihre nachkriegszeitliche Auferstehung erlebt. Beide Staaten haben sich in dem Wunsche, den „tschechischen Korridor“ zum Verschwinden zu bringen, gefunden. Es hat sich zwar in letzter Zeit ziemlich deutlich erwiesen, daß in bezug auf das künftige Schicksal der Slowakei und Karpathenrusslands zwischen den beiden Freunden recht weitgehende Meinungsverschiedenheiten bestehen; doch ist Polen zweifellos an einer Festigung der ungarischen Position interessiert, wobei zugestandenemassen die Hoffnung mitspricht, durch die Zusammenarbeit mit einem erstarkten Ungarn die Mehrung des deutschen Machtgewichts, die sich als Folge der Wiedervereinigung der alten Südostmark mit dem Reiche eingestellt hat, aufzuwiegen zu können. Südslawien liegt zwar weit außerhalb jedes unmittelbaren polnischen Einfluszbereiches, doch hat Polen, um die Prager Stellung zu schwächen, dazu beigetragen, Südslawien der Kleinen Entente zu entfremden, indem es im Verein mit anderen Staaten die ungarische Revisionspolitik ausschließlich nach Norden abzulenken versucht hat. Bei aller Gegnerschaft, die Polen der Tschecho-Slowakei gegenüber beweist, darf man doch nicht übersehen, daß ihm sehr viel daran liegt, zu einem

Einvernehmen mit den Tschechen zu kommen, deren unverföhnlichen Deutschenhaß es als einen zukünftigen Aktivposten in seine außenpolitischen Berechnungen einzusetzen geneigt ist.

Im nördlichen Abschnitt Ostmitteleuropas ist Polen in letzter Zeit ein beträchtliches Stück vorwärts gekommen. Das litauische Hindernis, das sich bisher allen Bemühungen der polnischen Außenpolitik entgegengestellt hat, scheint seit der Aufnahme normaler Beziehungen zwischen Litauen und Polen beseitigt zu sein. Unter diesen Umständen hält Polen den Zeitpunkt für gekommen, sich mit neuem Nachdruck den baltischen Problemen zuzuwenden, zumal die Begleitumstände der Annahme des Ultimatums vom 17. März d. J. gezeigt haben, daß die Sowjetunion zur Zeit nicht in der Lage ist, sich aktiv in die baltischen Angelegenheiten zu mischen. Polens Bestreben geht dahin, Litauen unter seinen Einfluß zu bringen. Es will nicht nur den Widerstand ein für alle Mal ausschalten, der von dieser Seite all seinen baltischen Unternehmungen bisher entgegengesetzt worden ist; es geht vielmehr auch darauf aus, Litauen zu einem dienenden Helfer seiner Pläne zu machen. In diesem Zusammenhange verdient es Beachtung, daß die polnische Außenpolitik bemüht ist, einer litauischen Annäherung an Deutschland entgegenzuwirken, was nicht allein darin zum Ausdruck kommt, daß die polnische Presse es ganz offensichtlich darauf angelegt hat, das litauische Mißtrauen gegen Deutschland zu schüren und es nicht zu einem Abbau der deutschfeindlichen Politik im Memelgebiet kommen zu lassen. Darüber hinaus hat die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Warschau und Kauen in Polen die Hoffnung geweckt, daß es nun endlich gelingen werde, sich als Partner in die Baltische Entente einzuschließen. Ob aber Litauen und Estland besonderen Wert auf diese polnische Partnerschaft legen, muß fraglich erscheinen. Lettland ist das ganz bestimmt nicht erwünscht, da es den größten Wert darauf legt, in dieser Entente selber die führende Rolle zu spielen. Eine engere Zusammenarbeit mit den skandinavischen Staaten ist Lettland sicherlich angenehmer als eine über das normale Maß hinausgehende Fühlungnahme mit Polen, dessen anspruchsvolles Auftreten als „Seemacht“ das lebhafteste Mißtrauen Lettlands hervorrufen muß, zumal es ganz offenbar ist, daß es Polen nicht nur nach Memel, sondern auch nach anderen Küstenplätzen gelüftet. Von Estland ist ohnehin bekannt, daß es über Finnland engeren Anschluß an die nordischen Staaten zu erlangen versucht.

Auch Polen bemüht sich um die nordischen Staaten, wie der letzte Besuch des Obersten Beck in Stockholm gelehrt hat. Die Grundlage der polnischen Beziehungen zu Schweden ist wirtschaftlicher Natur. Darauf aufbauend wird von polnischer Seite versucht, zwischen der Neutralitätspolitik der nordischen Staaten und der Ideologie von dem „Bund der Neutralen“ eine verbindende Brücke zu schlagen. Dabei kann man jedoch folgendes nicht übersehen: Was man in Schweden unter Neutralität versteht, unterscheidet sich sehr wesentlich von dem, was man in Polen darunter begreift. Das Charakteristikum der nordischen Neutralitätspolitik ist die politische Passivität, dasjenige der polnischen Neutralitätspolitik eine expansive, Unruhe schaffende Aktivität. Die nordische Neutralitätspolitik findet ihre natürliche Voraussetzung in der geographischen Abseitigkeit der an ihr beteiligten Staaten, während die polnische „Neutralitätspolitik“ in einer von verwickelten Spannungen erfüllten Schütterzone abspielt. Die nordischen Staaten haben die Gewißheit, daß es außer der Sowjetunion keinen Staat in Europa gibt, der die Absicht hat, an ihre Interessen zu rühren; das gibt ihrer Neutralitätspolitik verständlicherweise einen wesentlich anderen Sinn als der „Neutralitätspolitik“, die das sich auch von anderer Seite ständig bedroht fühlende Polen betreibt. Es scheint doch, daß nicht alle Teilhaber des sich von Skandinavien bis zum Balkan erstreckenden Raumes, den der „Egpreß Poranny“ als das „dritte Europa“ bezeichnet hat, der Ansicht sind, daß ihnen „das polnische Klima“ zuträglich ist.

Dr. K.

---

Die gegenseitige Achtung deutschen und polnischen Volkstums verbietet von selbst jeden Versuch, die Minderheiten zwangsweise zu assimilieren, die Zugehörigkeit zur Minderheit in Frage zu stellen oder das Bekenntnis der Zugehörigkeit zur Minderheit zu behindern. Insbesondere wird auf die jugendlichen Angehörigen der Minderheit feinsten Druck ausgeübt werden, um sie ihrer Zugehörigkeit zur Minderheit zu entfremden.

(Aus der Volksgruppen-Erklärung vom 5. November 1937)



# Das Deutschtum in der Tschecho-Slowakei

Bei der Volkszählung 1930 wurde in der Tschecho-Slowakei eine Gesamtbevölkerung von 14 729 536 Menschen ermittelt. Davon entfielen 14 479 565 Personen auf Staatsangehörige (Einheimische) und 249 971 Personen auf Staatsfremde (Ausländer). Der Anteil der deutschen Bevölkerung betrug 3 318 445 Menschen, davon 3 231 688 Staatsangehörige und 86 757 Staatsfremde. Mit dieser Zahl übertrifft das Deutschtum in der Tschecho-Slowakei die Bevölkerungszahlen geschlossener Staaten. So hat z. B. Lettland nur 1,9, Litauen nur 2,48, Norwegen nur 2,87 Millionen Einwohner. Das Deutschtum in der Tschecho-Slowakei kommt ungefähr der Bevölkerung Irlands gleich.

Die einzelnen Volksgruppen waren 1930 an der staatsangehörigen Gesamtbevölkerung der Tschecho-Slowakei wie folgt beteiligt: Tschechen 7 406 493, Deutsche 3 231 688, Slowaken 2 282 277, Ungarn 694 923, Ukrainer 549 169, Juden 188 642, Polen 81 737, Sonstige 49 636 Personen. Somit sind von 100 Staatsangehörigen 51,15 Tschechen, 22,32 Deutsche, 15,76 Slowaken, 4,78 Ungarn, 3,79 Ukrainer, 1,29 Juden, 0,57 Polen, 0,34 Sonstige. Die Deutschen bilden die zweitstärkste Volksgruppe. Berücksichtigt man die Methoden der Volkszählung, durch die der tschechische Anteil künstlich erhöht wurde, so machen die Tschechen kaum die Hälfte der Gesamtbevölkerung aus. Selbst wenn man die Juden dem tschechischen Anteil zuzählt, wird man nicht um die Feststellung herumkommen, daß bei den gegenwärtigen Verhältnissen die eine zur Regierung in Opposition stehende Hälfte der Bevölkerung durch die andere, die tschechische Hälfte, beherrscht wird.

Die Deutschen verteilten sich 1930 auf die einzelnen Gebiete der Tschecho-Slowakei wie folgt: Böhmen 2 328 090 (davon 2 270 943 Staatsangehörige, 55 147 Staatsfremde), Mähren-Schlesien 823 730 (799 995 Staatsangehörige, 23 735 Staatsfremde), Slowakei 154 821 (147 504 Staatsangehörige, 7 320 Staatsfremde), Karpathorussland 13 804 (13 249 Staatsangehörige, 555 Staatsfremde). In v. H. der staatsangehörigen bzw. staatsfremden bzw. der gesamten Bevölkerung betrug der Anteil der Deutschen: in Böhmen 32,38 bzw. 68,16 bzw. 32,72; in Mähren-Schlesien 22,86 bzw. 37,48 bzw. 23,11; in der Slowakei 4,53 bzw. 9,68 bzw. 4,65; in Karpathorussland 1,87 bzw. 3,42 bzw. 1,90. Der weit überwiegende Teil der Deutschen wohnt also in Böhmen und Mähren-Schlesien. Die Staatsfremden eingerechnet, lebten die Deutschen im Jahre 1930 zu 70,1 v. H. in Böhmen, zu 24,8 v. H. in Mähren-Schlesien und nur zu 5,1 v. H. in den Karpathenländern.

Im Jahre 1880 wurden in Böhmen 2 054 060 einheimische Deutsche gezählt, 1930 waren es um 216 283 oder 10,6 v. H. mehr. Die deutsche einheimische Bevölkerung nahm in Böhmen zu: von 1880 bis 1890 um 5,35 v. H., von 1890 bis 1900 um 8,3 v. H., von 1900 bis 1910 um 5,71 v. H. Von 1910 bis 1921 sank sie infolge der überaus hohen Kriegsverluste um 12,3 v. H., stieg dann aber von 1921 bis 1930 wieder um 4,5 v. H. Die Zahl der Deutschen in Mähren-Schlesien betrug im Jahre 1880 873 024 Menschen, im Jahre 1930 waren es 73 029 weniger. Von 1880 bis 1890 stieg die Zahl der Deutschen um 5,7 v. H., von 1890 bis 1900 um 2,5 v. H., von 1900 bis 1910 um 7,3 v. H., von 1910 bis 1921 sank sie um 21,1 v. H., von 1921 bis 1930 um 0,02 v. H. In der Slowakei wuchs die Zahl der Deutschen von 1921 bis 1930 um 5,45 v. H., in Karpathorussland um 28,31 v. H. Somit ist die deutsche Bevölkerungsentwicklung am günstigsten in Karpathorussland, dann in der Slowakei, schließlich in Böhmen, am ungünstigsten in Mähren-Schlesien.

Die Bevölkerungsentwicklung ist im wesentlichen abhängig von der natürlichen Bevölkerungsbewegung (Geburten, Sterbefälle) und von der Wanderungsbewegung. Grundlegend für beide Bewegungen ist die Altersgliederung.

In Böhmen standen 1930 von je 1 000 Einwohnern im Alter von 0—14 Jahren: bei den Deutschen 223,4, bei den Tschechen 229,3; im Alter von 15—49 Jahren: bei den Deutschen 555,6, bei den Tschechen 564,2; im Alter von 50 Jahren und mehr: bei den Deutschen 221,6, bei den Tschechen 206,6. Die deutsche Bevölkerung in Böhmen ist etwas stärker überaltert als die tschechische. — In Mähren-Schlesien betragen die Verhältnisnummern für die drei Altersgruppen: bei den Deutschen 234,7, 535,0, 230,3; bei den Tschechen 270,8, 543,2, 186,0; bei den Polen: 281,8, 536,3, 181,9. Auch hier sind die Deutschen stärker überaltert als die Tschechen, diese jedoch stärker als die Polen. — In der Slowakei stellten sich die Verhältnisnummern für die drei Altersgruppen: bei den Deutschen auf 250,3, 563,6, 186,1; bei den Slowaken auf 330,1.

503,0, 106,0; bei den Ukrainern auf 384,1, 466,8, 149,1; bei den Ungarn auf 286,1, 518,8, 195,1. Man sieht sofort, daß die Altersstruktur der Deutschen in der Slowakei weit günstiger ist als in Böhmen und Mähren-Schlesien. In der Altersgruppe der Kinder und Jugendlichen stehen die Deutschen an schlechtester, in der mittleren Altersgruppe an bester Stelle. Weniger beteiligt als die Deutschen sind an der dritten Altersgruppe die Ukrainer und Slowaken, stärker die Ungarn. — In Karpathorussland entfielen 1930 auf je Laufend auf die drei Altersklassen: bei den Deutschen 316,6, 560,1, 123,3; bei den Ukrainern 394,5, 479,0, 126,5; bei den Slowaken 289,3, 634,7, 76,0; bei den Ungarn 324,2 512,9, 162,9. Die Deutschen besetzten in der jüngsten Altersgruppe die zweit ungünstigste Stelle, schlechter standen die Slowaken, nur wenig besser die Ungarn, am günstigsten die Ukrainer. In den beiden Altersgruppen von 15—49 und von 50 und mehr Jahren nahmen die Deutschen die zweit günstigste Stelle ein. — Die günstigere Altersstruktur der Deutschen in der Slowakei und in Karpathorussland gegenüber den Deutschen in Mähren-Schlesien und Böhmen ist unverkennbar. — Für das Gesamtgebiet der Tschecho-Slowakei folgen die einzelnen Volksgruppen nach ihren Verhältnisziffern auf je 1 000 Einwohner in nachstehender Reihenfolge: von 0—14 Jahren 1. Ukrainer mit 379,8, 2. Ungarn mit 288,0, 3. Polen mit 270,9, 4. Tschechen und Slowaken zusammen mit 265,1, 5. Deutsche mit 227,1; von 15—49 Jahren 1. Deutsche mit 550,9, 2. Polen mit 544,5, 3. Tschechen und Slowaken mit 544,2, 4. Ungarn mit 524,8, 5. Ukrainer mit 493,0; von 50 und mehr Jahren 1. Deutsche mit 221,2, 2. Tschechen und Slowaken mit 190,7, 3. Ungarn mit 187,2, 4. Polen mit 184,6, 5. Ukrainer mit 127,2. — Für das Gesamtgebiet der Tschecho-Slowakei standen in der Altersgruppe von 0—14 Jahren die Ukrainer an günstigster Stelle, dann folgten die Slowaken, die Ungarn, die Polen, schließlich die Tschechen und, noch etwas ungünstiger, die Deutschen. In der Altersgruppe von 15—49 Jahren nahmen die Tschechen die beste, die Deutschen die zweitbeste Stelle ein, nächstdem folgten die Slowaken, die Polen, die Ungarn und die Ukrainer. In der Altersgruppe von 50 und mehr Jahren hatten die Deutschen den größten Anteil, standen also am ungünstigsten, die Tschechen schlossen sich mit geringerem Abstand an, dann kamen die Ungarn, die Polen, die Slowaken und, an günstigster Stelle, die Ukrainer. — Daraus ergibt sich, daß die Deutschen zwar die ungünstigste Altersstruktur im gesamten Staate haben, die Tschechen jedoch nicht viel besser stehen, während Polen und Ungarn eine mittlere, Slowaken und Ukrainer die günstigste Besetzung haben. Unser deutsches Volk in der Tschecho-Slowakei ist insgesamt härter überaltert als die anderen Volksgruppen des Staates, unterscheidet sich hierin jedoch nur wenig von den Tschechen. Allgemein ähnelt die Altersstruktur der Deutschen in der Tschecho-Slowakei derjenigen des Deutschen Reiches und weist im Verhältnis zu den anderen Volksgruppen der Tschecho-Slowakei annähernd dieselben ungünstigen Unterschiede auf wie das Deutsche Reich im Verhältnis mit den slawischen Völkern.

Die natürliche Bevölkerungsbewegung, die wesentlich von der Altersstruktur bestimmt wird und diese wiederum beeinflusst, gliedert sich in Geburten-, Sterbe- und Geburtenüberschußbewegung.

Bei der Volkszählung in der Tschecho-Slowakei 1930 wurde auch eine Zusammenfassung der Ehen nach der Kinderzahl der letzteingegangenen Ehen vorgenommen. Von 100 Ehen hatten Kinder:

	keine	1	2	3	4	5	6	7 u. 8	9—11	12	u. mehr
Deutschen . . . . .	17,98	19,10	17,46	12,34	8,74	6,23	4,69	6,03	4,04	3,29	
Tschechen . . . . .	15,60	19,58	18,83	12,73	8,85	6,20	4,77	6,19	4,19	2,96	
Slowaken . . . . .	13,77	13,77	14,65	12,65	10,87	8,66	6,98	9,59	6,74	3,32	
Ungarn . . . . .	14,92	15,82	15,75	13,53	9,95	7,65	6,06	8,33	6,01	2,98	
Polen . . . . .	15,47	14,92	14,27	11,22	9,34	7,55	6,12	9,17	7,33	4,61	
Ukrainern . . . . .	13,08	12,90	12,50	11,14	10,42	8,98	7,55	10,95	8,37	4,21	
Rumänen . . . . .	13,60	11,12	10,54	10,97	10,41	8,59	7,04	12,57	9,08	6,08	

Die Ausgliederung ist nach der Nationalität der Mutter erfolgt. Aus ihr ergibt sich, daß die Deutschen die meisten Ehen ohne Kinder haben, und daß die Geburtenschwäche auch in den anderen Gruppen bei ihnen am stärksten ausgeprägt ist. Nicht viel besser allerdings ist das Bild bei den Tschechen.

Für das Gesamtgebiet der Tschecho-Slowakei enthält die nachstehende Uebersicht die Bevölkerungsbewegungsziffern auf 1 000 Einwohner:

bei den	Lebendgeburten			Sterbefälle			Geburtenüberschuß		
	1933	1934	1935	1933	1934	1935	1933	1934	1935
Österr. Deutsche . . . . .	15,27	14,85	13,83	13,49	12,75	13,28	1,78	1,90	0,55
Tschechen . . . . .	16,83	16,25	15,16	12,83	12,41	12,63	4,00	3,84	2,53
Slowaken . . . . .	25,55	24,83	24,22	14,65	14,43	14,08	10,90	10,40	10,14
Ungarn . . . . .	23,75	22,91	22,58	15,85	15,11	15,09	7,90	7,80	7,49
Polen . . . . .	25,09	23,72	21,33	16,71	16,38	15,90	8,38	7,34	5,43
Ukrainern u. Ruthenen .	36,61	35,87	35,90	18,77	17,94	17,64	17,84	17,93	17,96

Durch etwas geringere Geburten-, höhere Sterbes-, damit geringere Geburtenüberschußziffern hebt sich die Bevölkerungsbewegung der Deutschen von derjenigen der Tschechen ab. Gegenüber den anderen Volksgruppen haben die Deutschen ebenfalls geringere Geburten-, aber zugleich geringere Sterbeziffern. Die deutschen Geburtenüberschußziffern bleiben daher, wesentlich veranlaßt durch die geringen Geburtenziffern, stark hinter den Ueber-schußziffern der anderen Volksgruppen zurück.

Eine leichte Besserung zeigte die Bevölkerungsbewegung der Deutschen in der Tschecho-Slowakei erstmals im Jahre 1936. Zwar sank die Geburtenziffer noch etwas, die Sterblichkeit ging aber stärker zurück, so daß sich der Geburtenüberschuß leicht, auf 0,7 v. L., erhöhte. Die Besserung tritt deutlicher bei der Betrachtung der einzelnen Länder in Erscheinung. In Böhmen erfolgte von 1935 zu 1936 noch ein leichter Abstieg der deutschen Geburtenziffer von 13,5 auf 13,3, die Sterbeziffer ging aber von 13,3 auf 12,9 zurück, die Geburtenüberschußziffer stieg infolgedessen von 0,2 auf 0,3. Dagegen verschlechterte sich die Geburtenziffer der Tschechen in Böhmen merklich von 14,2 auf 13,9 v. L. Die Sterblichkeitsziffer mit 13,0 v. L. blieb die gleiche wie im Jahre 1935. Somit verminderte sich die Geburtenüberschußziffer um 0,3 von 1,2 auf 0,9 v. L. Durch diese Entwicklung hat sich der Vorsprung der tschechischen gegenüber der deutschen Geburtenüberschußziffer in Böhmen von 1,0 v. L. im Jahre 1935 bereits auf 0,6 v. L. im Jahre 1936 vermindert. — In Mähren-Schlesien stieg die Geburtenziffer der Deutschen gering, von 14,15 auf 14,30 v. L. Der Rückgang der Sterblichkeit stellte sich auf 0,2, von 13,5 auf 13,3 v. L. Die Geburtenüberschußziffer verbesserte sich um 0,3 von 0,7 auf 1,0 v. L. Bei den Tschechen sank die Geburtenziffer von 16,9 auf 16,8 v. L. Die Sterblichkeitsziffer nahm von 12 auf 12,2 v. L. zu, es verminderte sich die Geburtenüberschußziffer demnach von 4,9 auf 4,6 v. L. Der tschechische Vorsprung hat sich dadurch von 4,2 auf 3,6 v. L. verringert. — In der Slowakei prägt sich die Besserung der volkbiologischen Lage der Deutschen schärfer aus. Bei einem Anstieg der Geburtenziffer von 15,6 auf 16,0 v. L. und einem Abstieg der Sterbeziffer von 12,2 auf 11,6 v. L. ergab sich die beträchtliche Erhöhung der Geburtenüberschußziffer von 3,4 auf 4,4 v. L. Der Besserung der natürlichen Bevölkerungsbewegung der Deutschen stand ein leichter Rückgang der slowakischen Geburtenziffer von 24,3 auf 24,0 bei einem beinahe gleich großen Rückgang der Sterblichkeitsziffer von 14,15 auf 13,9 v. L. gegenüber. Die Ueber-schußziffer der Slowaken verminderte sich gering, von 10,2 auf 10,1 v. L. Infolge dieser Entwicklung ist der Vorsprung der slowakischen Geburtenüberschußziffer gegenüber der deutschen Ziffer von 6,8 auf 5,7 v. L. zurückgegangen. Im Gegensatz zu den Deutschen verzeichnete die ungarische Volksgruppe eine Verschlechterung der Geburtenlage. Die ungarische Geburtenziffer sank von 22,3 auf 21,0 v. L., die Sterbeziffer nur von 15,2 auf 14,4 v. L., so daß die ungarische Geburtenüberschußziffer von 7,1 auf 6,6 v. L. zurückging. Der ungarische Vorsprung in der Geburtenüberschußziffer gegenüber den Deutschen verringerte sich damit von 3,7 auf 2,2 v. L. — Auch in Karpaten-Rußland machte sich eine deutliche Besserung der volkbiologischen Entwicklung der Deutschen bemerkbar. Gegenüber 363 Geburten im Jahre 1935 wurden 365 Geburten im Jahre 1936 verzeichnet. Die Sterblichkeitsziffer ging von 12,0 auf 10,7 zurück, die Geburtenüberschußziffer stieg beträchtlich, von 12,7 auf 13,8 v. L. Im Gegensatz hierzu haben die Ukrainer einen Rückgang ihrer Geburtenziffer von 38,4 auf 37,0 v. L. bei einem gleichzeitigen Anstieg der Sterblichkeitsziffer von 18,7 auf 20,9 v. L. erlitten, so daß die Geburtenüberschußziffer sehr stark, von 19,7 auf 16,1 v. L. absank. Standen die Ukrainer im Jahre 1935 in der Geburtenüberschußziffer noch um 7,0 v. L. besser als die Deutschen, so betrug der Unterschied 1936 nur noch 2,3 v. L. Auch die Ungarn in der Slowakei verzeichneten eine Verschlechterung ihrer volkbiologischen Entwicklung. Die Geburtenziffer stieg zwar noch von 25,8 auf 26,2 v. L. an, erheblich stärker stieg die Sterbeziffer,

von 15,9 auf 17,2 v. L. Die Geburtenüberschussziffer ging entsprechend von 9,9 auf 9,0 v. L. zurück. Der im Jahre 1935 bestehende Vorsprung der Deutschen in der Geburtenüberschussziffer von 2,3 erhöhte sich im Jahre 1936 auf 4,8. Die nachfolgende Uebersicht enthält die natürlichen Bevölkerungsziffern des Deutschen Reiches (ohne Land Oesterreich) im Vergleich mit der gesamten Tschecho-Slowakei (auf 1000 Einwohner):

Jahr	Lebendgeborene		Gestorbene		Geburtenüberschuß	
	Deutsches Reich	Tschecho-Slowakei	Deutsches Reich	Tschecho-Slowakei	Deutsches Reich	Tschecho-Slowakei
1930	17,5	22,7	11,1	14,2	6,5	8,5
1931	16,0	21,5	11,2	14,3	4,7	7,2
1932	15,1	21,0	10,8	14,1	4,3	6,9
1933	14,7	19,2	11,2	13,7	3,5	5,5
1934	18,0	18,7	10,9	13,2	7,1	5,5
1935	18,9	17,9	11,8	13,5	7,0	4,4
1936	19,0	17,4	11,8	13,3	7,2	4,1
1937	18,8	17,2	11,7	13,3	7,1	3,9

Seit 1935 hat die reichsdeutsche Geburtenziffer die Geburtenziffer der Tschecho-Slowakei überholt, die reichsdeutschen Sterbeziffern sind ständig geringer als die der Tschecho-Slowakei. Die reichsdeutsche Geburtenüberschussziffer ist bereits seit 1934 höher als die der Tschecho-Slowakei und lag im Jahre 1937 um 3,2 v. L. günstiger als die Ziffer der Tschecho-Slowakei.

Ueber die Wanderungsbewegung in der Tschecho-Slowakei hat Hassinger sich geäußert. „Schon seit 1880“ sagt er, „zeigte sich an der deutschen Sprachgrenze da und dort ein Abbröckeln auf deutscher Seite. Auch die tschechischen Minderheiten im geschlossenen deutschen Sprachgebiet vermehrten sich, die Deutschen im tschechischen gingen zurück, die deutschen Sprachinseln schmolzen zusammen.“ Entscheidend aber sei hierbei weniger die vitale Ueberlegenheit der Tschechen gewesen als vielmehr die Wanderungsbewegung, die sich einseitig aus den tschechischen ländlichen Gebieten in die industriellen deutschen Randgebiete ergossen habe. Der tschechische Bevölkerungstatistiker Dr. Bohác führte im Januar 1934 in Prag aus: „Die natürliche Bevölkerungsbewegung ist auch die Grundlage für die nationale Politik und ist bei weitem folgenschwerer als ein künstlicher Druck. Die deutschen Randgebiete des Staates sind vorzugsweise Industriegebiete, in denen die Lebensbedingungen infolge der Krise überaus schwerer sind als in den tschechischen, vorwiegend landwirtschaftlichen Gebieten. Dies bedeutet, daß die Widerstandskraft des deutschen Elementes schwindet und damit eine Vorbedingung für das Vordringen des tschechischen Elementes in die noch deutschen Gebiete gegeben ist. Dazu kommt, daß das soziale Niveau der tschechischen Bevölkerung noch immer unter dem der deutschen liegt. . . Die Tschechisierung erfolgt heute durch die wahrhaften Volkskräfte von unten her. . . Die notwendige Reagrarisierung der deutschen Gebiete ist weiter als Vorbedingung für das Vordringen des tschechischen Elementes zu werten.“ — Mit diesen Worten wird das der sudetendeutschen Bevölkerung bestimmte Schicksal vorgezeichnet. Ueber den wirtschaftlichen Prozeß, der mit allen staatlichen Nachmitteln vorwärtsgetrieben wird, will man zu einer weiteren Verelendung des Sudetendeutchtums kommen, auf diese Weise den biologischen Willen unserer Volksgenossen an der Wurzel treffen, um in die langsam, aber sicher freiverdenden deutschen Plätze Tschechen nachwandern zu lassen. Es fehlt hier der Raum, Einzelheiten der Wanderungsbewegung zu erörtern. Soviel aber ist gewiß, daß die Tschechen mit allen Mitteln versuchen, den biologischen Willen der Deutschen zu treffen, sei es auch, wie das an zahlreichen Einzelbeispielen nachgewiesen werden könnte, dadurch, daß sie in bereits überfüllte sudetendeutsche Gebiete Tschechen verpflanzen.

Innerhalb der deutsch-slavischen Entwicklung stehen die Sudetendeutschen in vorderster Front. Sie haben nicht nur den Druck auszuhalten, den die Tschechen unmittelbar auf den sudetendeutschen Lebensraum ausüben, sondern sind zugleich der Tendenz aller Slawen ausgelegt, die in stoffelartiger Zusammenwirken nach Westen drängen. Um so erfreulicher ist die Entwicklung des Jahres 1936, die zeigt, daß das Deutschtum der Tschecho-Slowakei entschlossen ist, unter allen Umständen den heimatischen und volksdeutschen Boden vor fremdem Zugriff zu behaupten. Leider mehren sich im Augenblick die Anzeichen, daß die deutsche Bevölkerungsbewegung im Jahre 1937 einen geringen Rückschlag erlitten hat. Darüber wird später besonders berichtet. Dr. Heinz Rogmann.

# Gegen den Staatskapitalismus in Polen

Schon lange wird in Polen ein erbitterter Kampf gegen die Betätigung des Staates in wirtschaftlichen Unternehmungen geführt. Gerade in den letzten Jahren ist die staatliche Beteiligung an wirtschaftlichen Unternehmungen aber besonders stark gestiegen, was zur Folge hat, daß die Abwehr aus dem Kreise des Privatunternehmertums an Schärfe ständig zunimmt.

Einen interessanten Ueberblick über den Umfang der derzeitigen staatlichen Betätigung in wirtschaftlichen Unternehmungen gewinnt man aus einem kürzlich erschienenen Buche „Koncern Państwowy w Polsce“ (Der Staatskonzern in Polen) von Dr. Bernadziejewicz, das die Tätigkeit des Staates in der Wirtschaft in düsteren Farben schildert. Immerhin dürften die Angaben über den Umfang der Staatsbeteiligungen annähernde Richtigkeit haben. Der Verfasser behauptet, daß die Umsätze der vom Staat kontrollierten Unternehmungen bereits ein Fünftel der Gesamtumsätze der polnischen Wirtschaft ausmachen.

Nach der erwähnten Studie betreibt der polnische Staat etwa 94 v. H. aller Eisenbahnlinsen, 10 v. H. der Autobuslinien, 95 v. H. der Seetonnage und das gesamte Post-, Telegraphen- und Rundfunkwesen. Ferner entfallen 70 v. H. der Hüttenproduktion, 25 v. H. der gesamten Kohlenförderung, 100 v. H. der Postascheproduktion, 80 v. H. der Salzproduktion und 20 v. H. der Erdgasgewinnung auf staatliche Unternehmungen. Weitaus überwiegend im Staatsbesitz befinden sich die Rüstungsindustrie, die Automobilindustrie und die Flugzeugindustrie. Auf die Staatsforsten entfällt die Hälfte aller Holzeinschläge des ganzen Landes, und die staatlichen Versicherungsgesellschaften verzeichnen fast 55 v. H. der gesamten Prämien- und Beitragszahlungen des polnischen Versicherungsgewerbes.

Den nächsten Einfluß hat der Staat auf die Schlüsselstellung der Wirtschaft genommen, nämlich auf den Markt für langfristige Kredite, die Quelle für langfristige Investitionsanleihen. Nach amtlichen Daten betrug die Gesamtsumme der von den Instituten für langfristigen Kredit emittierten Pfandbriefe und Obligationen am 30. September 1937 1958,9 Mill. Zł., wovon auf die Emissionen der Staatsbanken 1111 Mill. oder 56,7 v. H. entfielen.

Noch im Jahre 1927 gab es in Polen nicht eine einzige Handelsgesellschaft, an welcher der Staat mit mehr als 67 v. H. des Grundkapitals beteiligt war. Heute sind bereits 57 Gesellschaften vorhanden, die ausschließliches Staatseigentum sind.

Besonders interessant aus der Arbeit des Verfassers sind die Berechnungen über die Höhe der staatlichen Leistungen an die staatlich kontrollierten Unternehmungen. Danach soll der polnische Staat in der Zeit von 1927—1936 die Summe von 4 Milliarden Zł. in Form von Zuwendungen, nicht zurückgezahlten Darlehen, Verzicht auf Gewinnausschüttung usw. in diese Unternehmungen hineingesteckt haben, d. i. eine Summe von jährlich 432 Mill. Złoty. Zum Vergleich für die bedeutende Höhe dieser staatlichen Leistungen wird angeführt, daß die drei Hauptsteuern (Grund-, Gewerbe- und Einkommensteuer) im Jahre 1935/36 438 Mill. Zł. erbracht haben. Die Folgerung lautet, daß der polnische Staat in den letzten Jahren soviel in seine Unternehmungen hineinsteckt, wie er durch diese drei Steuern einnimmt, und daß der Sejm somit alle drei Steuern ohne Schwierigkeiten aufheben könnte, wenn es keine Staatsunternehmungen gäbe.

Diese Darstellung ist natürlich einseitig. Es braucht nur darauf hingewiesen zu werden, daß dem polnischen Staatsschatz andererseits auch bedeutende Eträge aus seinen großen Unternehmungen, wie den Staatsforsten usw., zugeflossen sind. Es muß natürlich den maßgebenden polnischen Instanzen überlassen bleiben, diese Dinge richtigzustellen. Daß die Bekämpfung des Staatskapitalismus in Polen von interessierter polnischer Seite systematisch erfolgt, geht daraus hervor, daß die Industrie sich zu diesem Zweck maßgeblichen Einfluß auf verschiedene Presseorgane verschafft hat. So finanziert die Industrie z. B. die mehrmals in der Woche erscheinende Zeitung „Dziennik“, die sich seit Jahr und Tag in der Hauptsache damit beschäftigt, die ungünstigen Seiten der staatlichen Einflußnahme auf die polnische Wirtschaft aufzuzeigen und die Gefahren auszumalen, denen die polnische Volkswirtschaft bei einer Fortdauer dieser Erscheinung entgegengeht. Aus ähnlichen Gründen wird auch der schwerindustrielle „Kurjer Polski“ fortlaufend subventioniert. Diese Subventionen sollen laut dem Wilsnaer „Słowo“ um 175 000 Zł. erhöht werden, damit das Blatt noch stärker als bisher die Interessen der Privatindustrie propa-

gandistisch vertreten kann. Weiter heißt es, daß auf Initiative und mit Unterstützung der gleichen Kreise in den letzten Jahren verschiedene Schriften über die staatliche Einflusnahme auf die Industrie unter betonter Hervorkehrung der nachteiligen Wirkungen auf die Gesamtlage der Wirtschaft erschienen sind. Zu diesen zählt offensichtlich auch die eingangs erwähnte Schrift.

Wir finden dieses Moment der Abwehr staatlicher Ingerenz auch in der jüngsten Stellungnahme der Delegiertentagung des Zentralverbandes der polnischen Industrie vom 31. Mai d. V. zur Wirtschaftspolitik, in der es heißt: „Die politische Konsolidierung des Landes ist die wichtigste Aufgabe, die gegenwärtig in Polen gelöst werden muß, und dies umso mehr, als auch die Frage der Landesverteidigung in dieser Konsolidierung eine feste Grundlage erhält. Vor allem ist es notwendig, die Kontrolle und Einflusnahme (durch den Staat) abzugrenzen und jedem einen angemessenen Kreis von Selbständigkeit zu belassen, indem versucht werden muß, aus der Gemeinschaft und der Einzelperson das Maximum positiver Eigenschaften herauszuholen. Der Ausbau der Industrialisierung ist gleichbedeutend mit einer Intensivierung der Investitionstätigkeit. Richtig ist die These, daß die Investitionen der „indirekten Rentabilität“<sup>\*)</sup> eine staatliche Domäne sein sollen...“

Wie aus der vorstehenden Darstellung ersichtlich ist, sind die Widerstände gegen eine staatsaktive Wirtschaftsführung in Polen recht erheblich. In den Bemühungen um die Gewinnung der öffentlichen Meinung hat es die Staatsführung bisher allerdings versäumt, sich einen stärkeren Einflus auf die Presse des Landes zu sichern. Die Zahl der Blätter, deren sich die Regierung als Sprachrohr bedient, beschränkt sich auf wenige Warschauer Tageszeitungen, denen zudem jede Popularität abgeht. Auf die sogenannte „große Presse“, diesen wichtigen Faktor der öffentlichen Meinungsbildung, sucht sie — etwa im Wege finanzieller Beteiligungen usw. — keinen unmittelbaren Einflus zu gewinnen. Diese schon im Hinblick auf verschiedene auch dem Ausland gegenüber übernommene Verpflichtungen eigenartig anmutende Inaktivität auf dem Gebiete der Pressebeeinflussung erschwert nicht nur die Arbeit der maßgeblichen Faktoren in der engeren Wirtschaftspolitik, sondern ist auch eine der Grundursachen der mangelnden Ausrichtung der öffentlichen Meinung auf dem breiten Sektor der Innen- und Außenpolitik.

<sup>\*)</sup> Unter Investitionen „indirekter Rentabilität“ verstehen die polnischen Industriekreise solche Unternehmen, die für die Staatsertrögnung und das allgemeine Wohl (Wirtschaftserneuerung, Gasifizierung usw.) notwendig sind, betriebsmäßige Kapitalanlagen erfordern, aber — zumindest in den ersten Jahren — aussergewöhnliche Zuschügnentzögnen darstellen.

## Deutsches Schicksal in Polen

### Deutschenentlassungen am laufenden Band

Die Ausschließung deutschstämmiger Arbeiter und Angestellten aus den ostoberschlesischen Betrieben wird systematisch fortgesetzt. In diesen Tagen hat die Schlesiische Kleinbahngesellschaft in Kattowitz wiederum zwei deutschen Angestellten gekündigt, nachdem sie bereits vor kurzem fünf Deutsche entlassen hatte. Als die Bekündigten eine Begründung ihrer Entlassung forderten, wurde ihnen von der Direktion mitgeteilt, daß eine „Anordnung von höherer Stelle“ vorliege. Der tatsächliche Grund ist, wie in den zahllosen anderen Fällen, daß die Angestellten ihre Kinder in die deutsche Schule schicken.

Wegen der Entlassung von acht deutschen Arbeitern hat der Betriebsrat der Florianhütte (Falschhütte) in Schwientochlowitz beschloffen, keinen Einspruch zu erheben. Bei den Entlassenen handelt es sich um deutsche Facharbeiter, die seit Jahrzehnten in der Hütte beschäftigt waren. Insgesamt wurden 22 Arbeiter entlassen, darunter auch solche, die geglaubt hatten, sich die Arbeitsstelle durch den Austritt aus den deutschen Gewerkschaften und durch Ummeldung ihrer Kinder in die polnische Schule zu erhalten. Die Arbeiter sind durch die antidutsche Einstellung der Betriebsratsmitglieder jeder Möglichkeit beraubt, von den staatlichen Schuzsmitteln Gebrauch zu machen.

14 Arbeiter, die sich zum Deutschtum bekennen, ist wiederum von der Verwaltung der Friedenshütte gekündigt worden. Als Entlassungsgrund wurde „Nichteignung“ angegeben. Sämtliche Entlassene sind Facharbeiter, mit deren Leistungen man seit 20 und mehr Jahren zufrieden war. Die „Nichteignung“ zur Ausführung der ihnen übertragenen Arbeiten sieht die Verwaltung des Werkes darin, daß sie zu diesen

Arbeitern als Angehörige der deutschen Volksgruppe kein Vertrauen haben könne. Die Entlassenen sind durchweg Familienväter und schicken ihre Kinder in die deutsche Schule. In den letzten Monaten hat die Friedenshütte dank dem günstigen Auftragseingang 500 Arbeiter neu eingestellt, doch ist nicht ein einziger Angehöriger der deutschen Minderheit darunter.

### Verbote von Veranstaltungen der deutschen Volksgruppe

Am 15. Mai d. J. hatte, wie bereits gemeldet, die deutsche Volksgruppe in Kattowiß den alljährlichen „Tag der deutschen Arbeit“, der von der Jungdeutschen Partei mit einer Großkundgebung geplant war, begehnen wollen. Die Großkundgebung, die von der Polizei genehmigt worden war, sollte im Stadion des 1. Fußball-Clubs Kattowiß vor sich geben. Wenige Tage vorher mußte die Kundgebung abgeblasen werden, weil der Besitzer des Platzes, die Verwaltung der im staatlichen Besitz befindlichen Interessengemeinschaft (früher Kattowißer A. G. und Vereinigte Königs- und Lauras-Hütte), dem 1. F. C. die Abgabe des Stadions zu nichtsportlichen Zwecken untersagte. Daraufhin sah sich die Jungdeutsche Partei veranlaßt, die Großkundgebung auf einen späteren Termin zu verschieben. Es gelang ihr, in der Nähe des 1. F. C.-Stadions eine große eingezäunte Wiese ausfindig zu machen, die für die Kundgebung geeignet erschien. Die Jungdeutsche Partei setzte daraufhin die Feier des „Tages der Deutschen Arbeit“ auf den kommenden Sonntag, den 12. Juni, an. Am Donnerstag hat die Polizeidirektion Kattowiß ihre bereits erteilte Genehmigung zur Abhaltung der Großkundgebung zurückgezogen und die Veranstaltung „aus Gründen der öffentlichen Ruhe und Sicherheit“ verboten. Dieses plöbliche Verbot der Kattowißer Polizei hat innerhalb der deutschen Volksgruppe in Ostoberschlesien lebhaftes Befremden ausgelöst. Das Verbot ist auch durch nichts gerechtfertigt; denn die seit dem Jahre 1936 alljährlich durchgeführten „Tage der deutschen Arbeit“ sind stets ohne jeden Zwischenfall verlaufen. Es muß leider wieder einmal festgestellt werden, daß sich die örtlichen Instanzen in Ostoberschlesien nicht nur über die deutsch-polnische Minderheiten-Erklärung vom 7. November 1937, sondern auch über die polnische Staatsverfassung hinwegsetzen, die allen polnischen Staatsbürgern, gleich welcher Volkstumszugehörigkeit, die Freiheit der kulturellen Betätigung zusichert.

Am Pfingstsonntag sollte in der deutschen Siedlung Königsau in Kleinpolen die diesjährige ordentliche Jahresversammlung des Verbandes deutscher Katholiken für die Wojewodschaft Lemberg stattfinden. Das Landratsamt in Drohobycz, das hiervon ordnungsmäßig verständigt wurde, verbot die Abhaltung der Jahresversammlung des VdK. wie auch den Begrüßungsabend am Vortage. Seit 12 Jahren hält der VdK. seine ordentliche, nach Gesetz und seinen behördlich bestätigten Satzungen vorgeschriebene Jahresversammlung ab, ohne daß Anlaß zum Einschreiten der Behörden gegeben war. Wie hierzu verlautet, war der Starost trotz telefonischen Anrufs und persönlicher Vorsprache für den Vertreter des Deutschen Volkstrates für Kleinpolen nicht zu sprechen. Dieser wollte den Starosten von der irtümlichen Auffassung über Zweck und Charakter der Veranstaltung abbringen, zumal die Delegierten zu dieser Tagung zum Teil weither und ohne die hohen Kosten zu scheuen, in Königsau bereits eingetroffen waren, und den Starosten bewegen, die Abhaltung der Veranstaltung doch noch zu bewilligen. Da der VdK. der Ueberzeugung ist, daß die vom Starosten in Drohobycz getroffene Maßnahme zu Unrecht erlassen wurde, hat er bei der Wojewodschaft in Lemberg Einspruch gegen das Verbot erhoben.

Ein weiterer Fall behördlicher Schikanen wird aus Rybnik gemeldet. Dort plante der Deutsche Schulverein am Himmelfahrtstag die Veranstaltung eines Elternabends, der in der Luthhalle der deutschen Privatschule stattfinden sollte. Die Veranstaltung mußte abgesagt werden, weil die Luthhalle für diesen Zweck durch die Behörde nicht freigegeben worden ist.

In Emanuelsteden wiederum wurde durch Provokationen von Aufständischen eine Muttertagsfeier des Deutschen Volksbundes, Bezirksvereinigung Kattowiß, gestört. Vor Beginn der Feierstunde stellte es sich heraus, daß in dem neben dem Saal liegenden Raum eine plötzlich einbezogene Versammlung der Aufständischen stattfinden sollte. Die Ausgestalter der Feier wurden schon bei der Ausschmückung des Saales vom Wirt veranlaßt, von der Anbringung eines Spruchbandes „Frauen, ihr seid die Trägerinnen unseres zukünftigen Lebens, ihr müßt aber auch die Bewundererinnen unserer täglichen Not sein“, abzusehen. Die Aufständischen störten die Feier durch Lärm-

szgen und trommeln mit Füßen und Häufen an der Saaltür. Da die Ausländischen versuchten, die Tür gewaltsam zu erbrechen, mußte der Eingang durch Tische und Stühle versperrt werden.

### Bojkott von deutschen Gewerbetreibenden

Am Eröffnungstage der kürzlich abgehaltenen Posener Messe fand eine Zusammenkunft westpolnischer Wirtschaftsvertreter statt, die durch die Anwesenheit des polnischen Handelsministers Roman besondere Bedeutung erhielt. Bei dieser Gelegenheit hielt der Präsident der Posener Handelskammer Kalamajski eine Rede, in der er mit einer Reihe statistischer Zahlen die Aufmerksamkeit des Ministers auf die „gefährliche Wirtschaftsoffensive der Deutschen“ in Westpolen hinlenkte. Er sagte u. a., die deutsche Gefahr in den westpolnischen Landesteilen werde gewöhnlich unterschätzt; die eben vorgebrachten Ziffern sollten nicht nur das Posener Gebiet, sondern ganz Polen interessieren. — Bei diesem Herrn Kalamajski kaufen viele deutsche Hausfrauen ein, in dessen Geschäft sie gern deutsch bedient werden, damit es auch floriere. — Wie nicht anders zu erwarten war, klatzsch nun der „Kurjer Poznansti“ zu den Warnungen des Kalamajski an die Adresse der Regierung laut Beifall. So heßt ein vermögender und ein einflußreicher Stelle stehender Mann in offizieller Rede gegen die deutsche Volksguppe in Polen in Gegenwart eines amtierenden Ministers. Die „Deutschen Nachrichten“ (Polen) fragen: „Wäre es denkbar, daß der Vorsitzende der Leipziger Handelskammer vor dem Reichswirtschaftsminister Funk ein Referat über den Anteil zehntausender polnischer Gewerbetreibender in Sachsen, das auch Grenzland ist, hält, um anschließend die „polnische Gefahr“ an die Wand zu malen? Kann es überhaupt Polen im Reiche geben, die sich über Arbeitslosigkeit beklagen? Referiert anlässlich der Breslauer Messe der Handelskammerpräsident von Breslau vielleicht dem Reichsfinanzminister über die schädliche Tätigkeit der polnischen Genossenschaften im deutschen Grenzland? Sagt doch endlich, was ihr von uns wollt: Boykott! Das ist es!“ In Kosiarczewo gibt es eine Kolonialwarenhandlung, die dem Deutschen Raschke gehört. Seit Mitte April etwa standen bis zu den letzten Tagen vor diesem Geschäft in den Mittags- und Abendstunden zwei Polen. Will ein Vorübergehender den Laden betreten, so wird er gefragt, ob er nicht wüßte, daß dies ein deutsches Geschäft sei, und er wird aufgefordert, bei Polen zu kaufen. Dabei gibt es in Kosiarczewo eine ganze Reihe polnischer Handwerker, die keine deutsche Konkurrenz haben, zu denen folglich alle interessiertsten Deutschen einkaufen gehen. Während also der Einkauf Deutscher bei Polen nach Ansicht der polnischen Hezapostel vollkommen in Ordnung ist, ist der Kauf in deutschen Geschäften ein Verbrechen.

### Beeinträchtigung kultureller Betätigung.

In den letzten Tagen ist dem deutschen Pächter des Gasthauses in Poczekaj, Kreis Mogilno, Heinrich Böres, durch die Polizeibehörde verboten worden, während der Anwesenheit von Gästen deutsche Rundfunkübertragungen zu bringen. Der Rundfunkapparat befindet sich nicht einmal im Lokal, sondern in einem Nebenraum, der zu Wohnzwecken benützt wird.

In Alzen wurde zu Pfingsten an der Nordseite der Pfarrkirche eine Gedenktafel enthüllt, welche die Namen der im Kriege gegen Sowjetrußland gefallenen Ortsbewohner enthält. Als Stifter dieser Tafel zeichnet der Veteranenverein von Alzen. Tatsächlich wurde diese Anschaffung der Gedenktafel aber nur durch Sammelgelder zustandegebracht, die zum überwiegend größten Teile von Deutschen stammen, ist doch die Gemeinde Alzen auch heute noch in ihrer überwiegenden Mehrzahl deutsch. Das Alzener Deutschtum, das gern zur Anschaffung der Gefallenen-Gedenktafel beitrug, erblickt es doch in ihre Ehrung seiner tapfersten Söhne, war über die Art der Ausführung der Tafel schwer enttäuscht. Es zeigte sich nämlich, daß die Vornamen der Helden in polnischer Sprache abgefaßt waren und daß auch bei der Aufzählung der Familiennamen eine gewaltsame und willkürliche Verstümmelung vor sich gegangen ist. So wurde aus einem Soblich ein „Zolich“, aus einem Zypser ein „Zypser“, aus einem Schafran ein „Szafran“, aus einem Schubert ein „Szubert“ gemacht. An der Weihe und Enthüllung der Tafel hat die deutsche Bevölkerung von Alzen nur schwachen Anteil genommen. Sie hat damit deutlich zum Ausdruck gebracht, daß sie in dieser Art der Namensverstümmelung ihrer Volkzugehörigkeit eine brutale Verletzung ihrer nationalen Gefühle erblickt.



Vor kurzem fand in Schoppin die Beerdigung einer 71jährigen deutschen Frau aus Eichenau statt, die vor ihrem Tode den Wunsch ausgesprochen hatte, daß ihre Beerdigung von einem deutschen evangelischen Geistlichen durchgeführt werde. Dem deutsch-evangelischen Pastor aus Schoppin, Dr. Beschloß, der sich zur Verfügung gestellt hatte, um den letzten Wunsch der Verstorbene zu erfüllen, wurde von der polnischen geistlichen Behörde die Genehmigung verweigert, die deutsche Beerdigung durchzuführen. Darauf wurde die deutsche Frau ohne geistliches Geleit zu Grabe getragen.

### Bedrohungen und Maßregelungen

In Birke in der ehemaligen Provinz Posen wurde in den letzten Tagen die deutsche Inhaberin eines Kolonialwarengeschäfts und ihre beiden Töchter von zwei Polen in herausfordernder Weise zur Rede gestellt, weil auf der Innentür des Ladens noch das deutsche Wort „Fetnsprecher“ zu lesen ist. Nach kurzem Wortwechsel gab eine der beiden Polen der jüngeren Tochter, die sich schützend vor ihre Mutter stellte, Faustschläge ins Gesicht, so daß sie blutend zu Boden stürzte. Die zur Hilfe gerufene Polizei stellte die Personalien des Täters fest.

Am 10. Juni wurde der vom Vorläufigen Kirchenrat seines Amtes enthobene frühere deutsche Pastor der evangelischen Gemeinde Schwientochlowitz (Ostoberschlesien), Koderich, aus seiner Wohnung im Pfarrhaus zwangsweise ausgewielet. Diese Zwangsmaßnahme gegenüber dem deutschen Pastor durch einen Kirchenrat, der das Vertrauen der Mehrheit der evangelischen Christen nicht besitzt, zeigt, daß die polnische Seite entschlossen ist, im Kampf um die Polonisierung der evangelischen Kirche Ostoberschlesiens alle Mittel einzusetzen.

Das Bezirksgericht in Odingen hat fünf im Bezirk wohnhafte Angehörige der deutschen Volksgruppe zu mehrmonatigen Gefängnisstrafen verurteilt, weil sie — wie die polnische Presse mitteilt — ihrer Freude über die Heimkehr der österreichischen Ostmaek zum Reich Ausdruck gegeben haben.

## Kampf um deutsche Schulen

Vor kurzem hat die Deutsche Volksvertretung für Wolhynien durch den deutschen Pastor Defan Kleindienst eine Eingabe an den polnischen Kultusminister gerichtet. Aus dieser Denkschrift geht wieder einmal klar hervor, wie systematisch die polnischen Schulbehörden trotz Verfassung und Minderheitenerklärung die Liquidierung des deutschen Schulwesens fortbetreiben. Im letzten Jahreshaushalt hat das Deutsche allein in Wolhynien nicht weniger als 63 Schulen verloren. Im laufenden Jahre ergingen Schließungsbefehle für weitere 5 Schulen. Durch diese Maßnahmen ist es soweit gekommen, daß von den 7 500 schulpflichtigen Kindern der 80 000 Wolhynien-Deutschen 5 800 Kinder keinen oder nur einen sehr mangelhaften Unterricht in ihrer Muttersprache erhalten. Die Eingabe der Deutschen Volksvertretung stellt einen Appell an die polnische Regierung dar, die jüngsten Entscheidungen des Schulkuratoriums für Wolhynien rückgängig zu machen, die mit den Grundätzen der Minderheiten-Erklärung in krassem Widerspruch stehen. Die vom Pastor D. Kleindienst unterzeichnete Denkschrift, die die schwere Sorge des Wolhynien-Deutschtums um die Erhaltung seiner Schulen widerspiegelt, hat folgenden Wortlaut:

Seit ihrer Gründung hatten die deutschen Kolonien in Wolhynien ihre eigenen Privatschulen. Die Zahl der Schulen war gleich der Zahl der Kolonien. Fast alle diese Schulen überstanden den Weltkrieg und noch im Jahre 1932, in der Zeit des Inkrafttretens des neuen Gesetzes für Privatschulen und Lehranstalten besaß die deutsche Bevölkerung Wolhyniens 80 private Volksschulen; doch von dieser Zahl konnten sich nur 29 weiter erhalten. Im Jahre 1937 verkleinerte das Schulkuratorium für das Gebiet Wolhynien diese Zahl noch um zwei Schulen und zwar durch die Schließung der privaten Volksschule in Oliniszczce, Gemeinde Kozyzycze, Kreis Lud, und der privaten Volksschule in Starzy Zapust, Gemeinde Kozyzycze, Kreis Lud.

In diesem Jahre sandte das Kuratorium an die Pfarrämter, den Konfessionären der einzelnen Privatschulen die Benachrichtigung, daß es die Schulen zu schließen beabsichtige.

Die Erklärungen, die die Konfessionäre vorlegten, wurden nicht berücksichtigt. Die Schließung wurde verwirklicht, und zwar in diesem Jahr in folgenden Fällen: 1. die private Volksschule in Cezaryn, Gemeinde Poddebe, Kreis Lud, 2. die private Volksschule in Bózefin, Gemeinde Czarków, Kreis Lud, 3. die private Volksschule in Dąbrowa, Gemeinde Kisielin, Kreis Horochów, 4. die private Volksschule in Lud, 5. die private Volksschule in Nowo-Rakowskizczyna, Gemeinde Torczyn, Kreis Lud.

Die Gründe, die das Kuratorium angab, sind verschieden: In den Fällen Bózefin, Nowo-Rakowskizczyna führt es Bauangelegenheiten an. Cezaryn wurde wegen des niedrigen Unterrichtsniveaus geschlossen, Lud und Dąbrowa wegen des Nichtinhaltens des Statuts.

Wir beabsichtigen nicht, die Gründe in den einzelnen Fällen zu analysieren, denn es ist ja bekannt, daß wir Bauangelegenheiten nicht hätten, wenn das Kuratorium für das wohnynische Schulgebiet in dieser Sache nicht ein negatives Urteil gefällt hätte, worauf sich die allgemeine administrative Behörde bei der Ablehnung der Bestätigung von Bauprojekten beruft. Wir können die Schulen nicht mit einem entsprechenden Lokal versehen, da das Kuratorium es nicht wünscht. Ähnlich verhalten sich die Dinge in den übrigen erwähnten Fällen.

Solange kein Programm für die Schulen mit deutscher Unterrichtssprache vorliegt, wird und kann die Beurteilung des Unterrichtsniveaus nicht objektiv sein, dagegen darf die individuelle subjektive Feststellung des Niveaus nicht der Grund zur Schulschließung sein.

Aus der Beurteilung des Kuratoriums, die die allgemeine administrative Behörde bei der Abgabe der Bestätigung von Bauprojekten ansührt, geht hervor, daß das Kuratorium auf dem Standpunkt steht, daß da, wo öffentliche Volksschulen bestehen, es nicht nötig sei, eine öffentliche Privatschule weder zu erhalten noch zu gründen. Wir wären derselben Meinung, wenn das Kuratorium das Schulwesen so ausbauen würde, daß da, wo es eine Privatschule für unnötig hält, die Möglichkeit gegeben wäre, daß Kinder deutscher Nationalität eine öffentliche Volksschule mit deutscher Unterrichtssprache besuchen könnten.

Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Angelegenheit der Privatschulen mit deutscher Unterrichtssprache nicht durch das Kuratorium entschieden werden kann, sondern allein durch die deutsche Bevölkerung. Es ist Tatsache, daß von der allgemeinen Zahl, d. h. von 7 500 Kindern, 5 800 Kinder keinen oder nur mangelhaften Unterricht in der Muttersprache genießen. Der Schulbedarf wird nicht verschwinden, solange die 5 800 Kinder nicht die Möglichkeit haben, Unterricht in Schulen mit deutscher Unterrichtssprache zu genießen. Aber einstweilen gibt es für die 60 000 Einwohner zählende deutsche Volksgemeinschaft in Wolhynien keine öffentlichen Schulen mit deutscher Unterrichtssprache.

Es ist Tatsache, daß die deutsche Bevölkerung in Wolhynien mit ihren Schulen sehr verbunden ist, da sie viele Opfer gebracht hat und auch in Zukunft bereit ist, diese Schulen mit eigenen Mitteln zu erhalten. Die deutsche Bevölkerung kann die Handlungsweise und die Taktik des Schulkuratoriums — das die Bestrebungen der Bevölkerung, Privatschulen zu erhalten, nicht unterstützt — angesichts der katastrophalen Lage des Volksschulwesens in Wolhynien nicht verstehen.

Die Angelegenheit der Nichtbestätigung der Pläne durch die administrative Behörde auf Grund des negativen Urteils des Kuratoriums wurde an das Innenministerium weitergeleitet.

Wir bitten den Herrn Minister höflichst um Unterstützung unserer Bestrebungen bezüglich der Verwirklichung der Bestimmungen der Verfassung, daß jedes Kind in seiner Muttersprache den Unterricht genießen soll; im besonderen bitten wir, die Entscheidung des Schulkuratoriums für das wohnynische Gebiet in den genannten Fällen rückgängig zu machen.

A. Kleindienst.

## Die Goten durch Jahrhunderte die Herren zwischen Weichsel und Wolga

Um die Zeitwende fuhren Goten zu Schiff von Südschweden, dem Götalande, in die Gegend von Danzig, dessen alter Name „Gotiskandza“ (Golenende) lautete. Fast 200 Jahre wohnten sie in Westpreußen und einem Teile Ostpreußens. Um 170 wanderten sie weichselaufwärts, dann nach Südosten und errichteten ein gewaltiges Germanenreich in Südrußland. Die Grenzen dieses Reiches sind die Weichsel im Westen, die Ostsee im Norden, das Schwarze Meer im Süden und die mittlere und untere Wolga im Osten. Der größte Golenkönig ist der in die ganze deutsche Heldensage eingegangene „Ermenreich“, got. Ermanarik, der 374 im Kampfe mit dem asiatischen Reitervolk der Hunnen starb.

Er war Herr über viele Völker, die unter gotischer Herrschaft standen, u. a. auch über die Slawen, die damals zwischen Pripetsümpfe und Karpathen wohnten und in ihre Sprache gotische Worte übernahmen. Nach anfänglicher Niederlage gegen die Hunnen wurden die Goten bald das angesehenste Volk in dem von hunnischen Führern geleiteten Staatswesen zwischen Wolga und unterer Donau. Der Name „Attila“ ist gotisch und zeigt den beherrschenden Einfluß gotischer Sprache und Kultur auf die Hunnen. Attila selbst hatte eine Gotin zur Frau.

Nach Attilas Tode waren die Goten und Gepiden Führer im Befreiungskampfe der Germanen. Teils zogen sie als West- und Ostgoten nach Spanien und Italien, teils wanderten sie durch Polen unter Mitnahme slawischer „Wanderarbeiter“ nach Ostdeutschland, teils blieben sie in Südrußland sitzen. Noch im 17. Jahrhundert wurde auf der Halbinsel Krim die gotische Sprache gebraucht.

Die weltgeschichtliche Bedeutung der Goten besteht darin, daß sie

1. erstmalig die Stämme und Völker des weiten Ostens im Golenreich politisch zusammenschlossen;
2. die Woge des hunnischen Ansturms auf Europa brachen;
3. als älteste germanische Führungsschicht der Slawen diesen die hochstehende germanische Kultur vermittelten und ihnen einen Adel schenkten.

---

---

## Offland-Chronik

### „Schwarze Listen“ der polnischen Winterhilfe

In einer Reihe polnischer Ortschaften wurden „schwarze Listen“ solcher Firmen und Einzelpersonen veröffentlicht, welche die im Vorjahre gezeichneten Spenden für die Winterhilfe trotz mehrfacher Aufforderung noch nicht abgeführt haben. Es werden noch schärfere Maßnahmen gegen die Widerspenstigen verlangt, die sich zumeist in wohlhabenderen Kreisen befinden sollen. Es ist bezeichnend, daß sich gerade das Organ der polnischen Schwerindustrie „Kurjer Polski“ unter den Kritikern der Veröffentlichung von „schwarzen Listen“ befindet. Es durfte allerdings nicht dazu kommen, daß das Vertrauen in diese Aktion als solche erschüttert wird. So hat z. B. ein Drogeriebesitzer in Siemianowisz, der seine Spende pünktlich entrichtete, aber trotzdem öffentlich an den Pranger gestellt wurde, den Spieß umgedreht und in den Schaufenstern seines Ladens die Quittungen über die geleisteten Spenden zur Kennt-

nisnahme der Bürgerchaft ausgestellt. Eine fatale Bloßstellung des Organisationsausschusses des polnischen Winterhilfswerks. Quittungen werden ausgestellt, aber das Geld ist nicht gebudt.

### Ein Mißtrauensvotum gegen Grazyński

In der Rattowiger Stadtverordnetenversammlung kam es zu heftigen Auseinandersetzungen wegen Umbenennung einer Straße in „Dr. Grazyński-Straße“. Der Antrag ging vom Vorsitzenden des Ausländischenverbandes Koczka aus, der behauptete, daß sich der Wojewode Grazyński große Verdienste um die schlesische Sache erworben habe. Schon die Tatsache, daß der Wojewode, trotzdem er kein Oberschlesier sei, als einer der ersten zur Waffe gegriffen habe, um für die Zuteilung Oberschlesiens an Polen zu kämpfen, sei der beste Beweis dafür, daß sein Name den kommenden Geschlechtern erhalten bleiben müsse. Zu dem Antrag nahm der Stadtverordnete Dr. Ziolkiewicz Stellung.

der erklärte, daß „man den Tag niemals vor dem Abend loben dürfe“; er verlangte namentliche Abstimmung. Da bei namentlicher Abstimmung ein Drittel der anwesenden Stimmen zur Annahme notwendig ist, aber nur 6 Stadtverordnete für den Antrag stimmten, fiel der Antrag durch. Der Stadtverordnetenvorsteher führte darauf, peinlich berührt, entgegen dem Antrag eine gewöhnliche Abstimmung durch. Für die Umbenennung der Straße in „Dr. Grzyński-Straße“ stimmten 12 Stadtverordnete, 6 dagegen. Die deutsche Fraktion enthielt sich der Stimme.

### Bibelforscher auch in Polen verboten

Das zweite Land, daß nach Deutschland die Sekte der „Ernstn Bibelforscher“ verboten hat, ist Polen. Die polnischen Verwaltungsbehörden haben nach Angabe des Kurier Warszawski „das gefährliche Sektiertum“ in ganz Polen ausgehoben. In ihren Versammlungen verletzten die Bibelforscher, wie es heißt, das patriotische Empfinden, beriefen sich häufig auf die Ereignisse in Mexiko und Spanien und ließen ihre Absicht erkennen, in Polen ähnliche Verhältnisse zu schaffen. Die destruktive Tätigkeit der Sekte in Polen behandeln der polnische Geistliche Eduard Gorski und der Richter J. Wolcki in einer Broschüre unter dem Titel „Die anarchischen Tendenzen der Bibelforscher“. Richter Wolcki schöpfte das Material zu dieser Schrift u. a. aus den Prozessen gegen die Bibelforscher in Radom. Letzthin wurden bei einer Revision in Lodz bei den Bibelforschern heftige Bücher und Broschüren und in Warschau über 200 Schallplatten mit gotteslästernden Legten beschlagnahmt.

### Die gefährliche „Pieta“ auf der deutschen Plastikerausstellung in Warschau

Die deutsche Plastikerausstellung, die vom Institut für Kunstpropaganda in Warschau veranstaltet wurde und nach den dortigen Erfolgen nunmehr in Krakau zu sehen ist, hatte die literale Presse auf den Plan gerufen. Diese warf den Veranstaltern nicht weniger als Heiligenlästerung vor. Veranlassung dazu gaben zwei Werke von Georg Kolbe, „Pieta“ und „Verdündung“. Obwohl das Institut für Kunstpropaganda angesichts der Proteste der „Katholischen Aktion“ die Titel der beiden Werke sogleich in die nichtsagende Bezeichnung „Komposition“ abändern ließ, hörten die merkwürdigen Angriffe nicht

auf, auch nicht, als die beiden Titel im Katalog schwarz überdruckt wurden. Man schrieb: „Die katholische öffentliche Meinung in Polen, die um die Ehrung der Hlg. Jungfrau Maria immer bemüht ist, muß die Entfernung der beiden Skulpturen fordern“. Natürlich ist diesem unsinnigen, kunstfeindlichen Ansinnen nicht entsprochen worden.

### Das Elend der polnischen Bauern

Die Wochenschrift „Prosto z mostu“ bringt bemerkenswerte Angaben aus dem Bericht des Ing. Jan Kurzyka über „Die Lage der Bauernwirtschaften im Jahre 1937“. Die Angaben sind auf Grund der Untersuchung von 200 typischen Bauernwirtschaften aus ganz Polen errechnet worden. Die Ziffern sind erschreckend. Im Laufe eines ganzen Jahres wurden ausgegeben

in der Hauswirtschaft für	
Fleisch	6,62 Zl.
Fett	4,08 „
Badwaren	1,48 „
Mehl	2,15 „
Zucker	5,99 „
Salz	2,21 „
Rückengerät	2,08 „
Kohle	3,37 „
andere Heizmittel	6,61 „
Beleuchtung	2,13 „
Verchiedenes	13,36 „
	<u>60,99 Zl.</u>

in der privaten Wirtschaft für	
Kleidung	32,91 Zl.
Wäsche	7,50 „
Schuhe	12,89 „
Möbel und Gerät	6,40 „
Arzt und Arzneien	5,64 „
Bildung d. Kinder	10,11 „
Zeitg., Bücher, Post	1,61 „
Mitgliedsbeiträge	0,44 „
Tabak, Zigaretten	4,68 „
Reisekosten	3,93 „
Alkoh. Getränke	2,38 „
Familienfeste	1,66 „
Verchiedenes	16,67 „
	<u>106,62 Zl.</u>

insgesamt 166,68 Zl.

Diese 166,68 Zl. sind ein Durchschnitt. In vielen Fällen liegen die Verhältnisse sehr viel schlechter. Millionen Menschen leben mithin in Polen, die täglich im Durchschnitt 40 Groschen (für eine erwachsene Person) ausgeben.

### Konowalec-Lrauerfeiern verboten

Der Starost von Zolkiew untersagte den Ukrainern die Veranstaltung von Lrauer-gottesdiensten und anderen Lrauerfeiern für den unlängst ermordeten ukrainischen Führer Konowalec.

## Minderheiten und neue Rechtsanwaltskontingente

Am 10. Juni 1938 wurde eine Verordnung des polnischen Justizministers über die Schließung der Advokatenliste bis zum 31. Dezember 1945 in 8 Bezirken veröffentlicht. In Zukunft werden gewisse Kontingente für die Personen festgelegt werden, die zur Anwaltschaft zugelassen werden. Die Namen dieser Personen werden in dem Amtsblatt des Justizministeriums veröffentlicht. Die Verordnung steht mit dem neuen Gesetz über den Rechtsanwaltsstand im Zusammenhang. Bei den Verhandlungen ist von Seiten der Minderheiten zum Ausdruck gebracht worden, daß die vom Justizministerium festgesetzten Kontingente die Minderheiten für die Rechtsanwaltslaufbahn vollständig ausschließen werden.

## Erzbischof gegen Rassenstandpunkt

Der Erzbischof von Warschau, Kardinal Kakowski, hat zum Pfarrer der Warschauer Johannesgemeinde den Geistlichen Dr. Puder bestellt, der jüdischer Abstammung ist. Vertreter der polnischen rechtsradikalen Organisation „Galanga“ haben gegen diese Ernennung beim Erzbischof protestiert und einen Geistlichen arischer Abstammung gefordert. Kardinal Kakowski hat aber diesen Einspruch mit der Begründung zurückgewiesen, die katholische Kirche bekämpfe den Rassenstandpunkt.

## Pflichtige Güter fallen an die Agrarbank

Dem Vernehmen nach sind in Warschau Verträge zwischen der fürstlichen Verwaltung in Plesz und der Bank Kolny abgeschlossen worden. In den Besitz der Staatlichen Agrarbank gehen demnach über die Pachtgüter Biesorowiz, Limmendorf, Weichsel, Borin, ferner die von der fürstlichen Verwaltung bewirtschafteten Güter Adelsheidshof, Miserau, Krier und Teile vom Hans Heinrich-Hof. Es verbleiben demnach dem Fürsten die Güter Kempa mit Luisenhof und der Restbestand vom Hans Heinrich-Hof, Siedlitz, Smilowiz, Lichau und Wyrow.

## Die Ausgrabungen in Biskupin gefährdet

Die polnischen Ausgrabungen in Biskupin sind nach Warschauer Pressemeldungen sehr gefährdet. Einer der Entdecker Biskupins, Dr. Rajewski, hat außerordentlich traurige Mitteilungen gemacht, die den „Eprek Poranny“ zu einem Artikel veranlassen. Das Blatt erklärt, daß die Arbeiten nicht mehr fortgeführt werden könnten. Die Mitglieder der Expedition müßten bereits ihre Spardbücher opfern und Uhren verkaufen, um die Löhnung der Arbeiter zu bezahlen. Das, was vor drei Jahren ausgegeben wurde, beginne unter dem Einfluß von Licht und Sonne zu verfallen. Für die weitere Arbeit müßten regelmäßige Mittel aus öffentlichen Quellen zur Verfügung gestellt werden, damit das Werk nicht vergebens sei.

## Bücher über den Dniep

Deutsche Kunst in der Zips. Von Oskar Schärer und Erich Wiese. Verlag Rudolf M. Rohrer, Brunn-Wien-Leipzig 1938. 272 Seiten Text mit 60 Textbildern und 480 Abbildungen auf Tafeln. Preis 18,— RM. „Von der großen Kunst der Zips wissen die Deutschen fast nichts. Als der eine der Verfasser im Frühjahr 1934 ins Zipsler Land kam, deutsches Volkstum zu suchen, fand er froh überrascht einen Reichtum an alter Kunst vor, wie binnendeutsche Gebiete ihn in dieser Dichte nicht häufig aufweisen.“ Mit diesen Worten beginnt das Vorwort zu diesem umfangreichen und einzigartigen Buch. Zunächst der äußere Aufbau des Buches: Der 272 Seiten umfassende Textteil gliedert sich in drei Abschnitte: der erste gibt einen sehr instruktiven Abriss der Geschichte der Zips, der zweite enthält eine zusammenfassende, auch für den nicht kunst-

historisch geschulten Leser interessante Uebersicht über die künstlerische Entwicklung in der Zips, während sich der dritte Abschnitt mit der Einzelbehandlung der Werke der Architektur, der Plastik, der Malerei, des Kunstgewerbes usw. befaßt. Der Bildteil bringt in ausgezeichneter Reproduktion 480 Abbildungen deutscher Kunstwerke in der Zips, Ortsnamen, Personen- und Sachverzeichnisse erleichtern die Benützung des Werkes. Eine Kartenkizze der Tschecho-Slowakei mit einer Nebenkarte der Zips veranschaulichen deren geographische Brückenstellung zwischen Galizien und Ungarn. Diese Stellung ist es gewesen, die die deutsche Besiedlung der Zips verursachte und die in Wirtschaft und Kunst gleichermaßen weitreichende Auswirkung des seit über 7 Jahrhunderten dort siedelnden Deutschtums bewirkt hat. Die Zips gehört heute zu den sogenannten „Rückzugs-

gebieten“ des Deutschtums im Osten. Nur die wenigsten Deutschen sind sich wohl darüber im Klaren, daß dieses heute als eine ferne deutsche Insel in fremdvölkischer Umgebung liegende, von Gebirgen umgebene und sich durch Flußtäler nach Norden sowohl wie nach Süden öffnende Land vor Jahrhunderten einmal von zwei Seiten her in unmittelbarem Zusammenhang mit dem geschlossenen deutschen Volkoboden gefunden hat: auf der einen Seite reichte das schlesische Deutschtum über Krakau durch Westgalizien hindurch, und auf der anderen Seite das südböhmische Deutschtum über Preßburg und durchs Granat bis unmittelbar an das Zipser Deutschtumsgebiet heran. Während die Verbindungslinie nördlich der Karpathen der Polonisierung und südlich davon der Slowakisierung verfiel, blieb die Zips, wenn auch durchsetzt und zernagt, als deutsche Volksinsel durch die Jahrhunderte bis heute erhalten. Ist der deutsche Volkoboden der Zips auch von sozial und kulturell tieferstehendem Volkstum unterwandert und von fremden Herren, die durch Habsburg nicht gehindert wurden, überdrängt, so trägt er doch in den Werken, die Zeugnis von hoher Kultur und künstlerischem Können ablegen, so überzeugend deutsche Jüge, daß es selbst den, der die Leistungen des Deutschtums in den östlichen Ländern zu kennen glaubt, immer wieder mit freudigem Stolz erfüllt. Die Fälle der Kunstwerke, die das zahlenmäßig nie allzu starke Deutschtum der Zips vor allem in den Blütezeiten seiner Entwicklung in den von den Kelten, den der Tatra überragten Städten und Dörfern seiner Heimat angehäuft hat, ist überraschend. Hier haben sich die schöpferischen Kräfte des Deutschtums zu Leistungen verdichtet und gesteigert, die dem Bewußtsein, auf vorgeföhobenem Posten die Größe des Volkes der europäischen Mitte gegenüber einer fremden Umwelt repräsentieren zu müssen, entsprungen zu sein scheint. Text und Bilder geben einen überzeugenden Einblick in den Reichtum der deutschen Kunst in der Zips. Sie weisen die Verbindungen mit dem gesamtdeutschen Kunstschaffen nach und sie zeigen, daß das Deutschtum der Zips dabei nicht nur immer der nehmende, sondern oft auch der gebende Teil gewesen ist, dessen Kunstgedanken und Kunstschaffen befruchtend in das deutsche Mutterland zurückgewirkt haben. Durch das Buch von Schärer und Wieser wird wirklich kunstgeschichtliches und zugleich volksgeschichtliches Neuland erschlossen.

Dr. R.

**Oesterreichs Weg durch die deutsche Geschichte 799—1938.** Von Josef Kallbrunner. Verlag Ed. Hölzel, Wien 1938. 12 Seiten. — Das Heft enthält 40 Karten, die die ständige Verbundenheit Oesterreichs mit dem Deutschen Reiche vom Ursprung der alten Ostmark an bis zum heutigen Tage anschaulich machen und zugleich die Bedeutung zeigen, die Oesterreich als Bollwerk gegen den Osten und als Brücke zum Osten für das ganze Reich befehen hat und heute in neuer Form wieder besitzt. Der den einzelnen Karten beigegebene Text ist auf wenige Sätze beschränkt.

Dr. R.

**Der Schatten.** Ein Eichendorff-Hörspiel. Von Willibald Köhler. Verlag „Der Oberschlesler“, Oppeln 1938. 39 Seiten. Preis 1.— RM. — Das Hörspiel ist aus Anlaß des 150. Geburtstages des obererschlesischen Dichters Joseph von Eichendorff veröffentlicht worden. Das Spiel klingt aus in einem Bekenntnis zum Reich, das der Dichter und sein Bruder erleben.

Das Urteil wurde bereits vollzogen. Von Nja Kowstowskij. Verlag Bilder-Zeitung GmbH., Wien 1937. 111 Seiten mit mehreren graphischen Darstellungen. — Diese Schrift, die in alle Weltsprachen übersetzt worden ist, gibt einen Ueberblick über die Entwicklungsphasen der bolschewistischen Herrschaft in Rußland. Die ideologischen und Klassenkämpfe innerhalb der Kommunistischen Partei, die mit rücksichtsloser Brutalität auf Kosten der Bauern, Arbeiter und Intelligenzler ausgefochten werden, aber gelegentlich auch unter den Würdeträgern der Sowjetunion fruchtbar aufraumen, werden in dieser Darstellung behandelt. Zum Schluß wird der Inhalt der Schrift in einem schematischen Ueberblick noch einmal fixiert, welche wirtschafts-, innen- und außenpolitischen Tendenzen, welche politischen und propagandistischen Thesen usw. die einzelnen Etappen der ersten zwanzig Jahre der bolschewistischen Herrschaft, die Epochen des Kriegskommunismus, der NEP, der Rekonstruktion und der Fünfjahrespläne, charakterisieren. Auffällig ist, daß die Schrift mit keinem Wort die Rolle erwähnt, die das Judentum als Träger und Nutznießer der Sowjetherrschaft spielt.

Dr. R.

**Josef von Eichendorff.** Von Willibald Köhler. Heft 6 der „Schlesienbändchen“. Herausgegeben von der Landesstelle für Heimatpflege in Niederschlesien und der niederschlesischen Landesgruppe der Deutschen Akademie. 52 Seiten und 14 Bildtafeln. Klemminus Verlag, Breslau/Deutsch-Lissa 1937. — In dem Bändchen wird der schlesische Dichter in seiner Jugend, in seinen Mannesjahren und im Alter geschildert. Ohne tiefer in das Wesen Eichendorffs, in die Ursprünge seiner Dichtung und die Wirkung seines Schaffens einzudringen, entwirft der Verfasser ein liebenswürdiges, mehr dem Menschen, als dem Dichter gemessenes Bild.

Dr. R.

**Taras Schewtschenko.** Der ukrainische Nationaldichter. Drei Vorträge. 6. Heft der Beiträge zur Ukrainkunde. Verlag der Gesellschaft der Freunde des Ukrainischen Wissenschaftlichen Instituts, Berlin 1937. 74 Seiten. — In diesem Buche hat Taras Schewtschenko, der als Leibeigener geboren wurde und an den Folgen einer siebenjährigen Verbannung starb, wie kein anderer das ukrainische Land und seine geschichtliche Ueberlieferung, das Wesen des ukrainischen Volkes und seine politische Sehnsucht in Dichtungen gestaltet und verherrlicht. In drei Vorträgen, die aus Anlaß der 76. Wiederkehr seines Todestages gehalten wurden, haben Karl H. Menez, Giffhav Specht und Jeno Kuzjela Schewtschenko als den leidenden Sohn und den Erwecker eines

unglücklichen Volkes und als den Sänger des Kampfes um die Freiheit der Ukraine behandelt. Einige Gedichte in guter deutscher Uebersetzung und ein paar Briefe Schwedens, die im Anhang beigelegt sind, geben einen Einblick in das Werk und das Leben des Dichters. Dr. R.

**Erster deutscher Hausunterricht.** Von Theodor Polig. Lesen — Schreiben — Rechtschreiben. Eine Anleitung für Eltern, insbesondere für auslandsdeutsche, zur Unterweisung ihrer Kinder. Verlag Friedrich Brandstetter, Leipzig 1938. Preis RM. 3,75. — Das Buch hält, was es verspricht. Es bietet in leicht verständlicher Form eine ausgezeichnete Anleitung für den Hausunterricht. In einer kurzen Einführung für die Eltern wird nachdrücklich auf die Notwendigkeit und Möglichkeit des Hausunterrichts hingewiesen. Für die Einführung und Übung der Laute ist ein sogen. synthetisches Verfahren gewählt worden, das bei einigermaßen verständiger Anwendung ein klares Verständnis und eine sichere Befestigung des Erlernten gewährleistet. Dabei hat es der Verfasser verstanden, mit einem Mindestmaß von Hilfsmitteln den ersten Unterricht im Lesen und Schreiben lebendig und anregend für das Kind zu gestalten. Das Buch wird dem Standpunkt der neuzeitlichen Fabelmethode, daß Lust und Liebe des Kindes als stärkste Triebkraft des Lernens zu werden und zu erhalten sind, in sehr geschickter Weise gerecht und ist durch die lebensvolle und praktische Art der Darstellung geeignet, bei den Eltern ebenfalls Freude an dieser Tätigkeit und damit eine schlummernde Unterrichtsgabe zu wecken. Ausgehend von der sog. Steinchrift (Antiqua-Valkenschrift), die allein als Anfangschrift für das Lesenlernen deutscher Kinder im Auslande in Frage kommt, wird der Lehrgang sorgfältig, aber nicht kleinlich mit stufenweiser Steigerung der Schwierigkeiten aufgebaut. Dann schreitet er zu den kleinen Druckbuchstaben in einfachster Antiqua und weiterhin zu den großen und kleinen Gütterlin-Schreibbuchstaben in Antiqua fort, um schließlich die Fraktur, Druck- und Gütterlin-Schreibbuchstaben einzuführen. Das Buch sollte überall dort, wo der kostbare Besitz der Muttersprache trotz besten Willens der Eltern deutschen Kindern verloren zu gehen droht, planmäßig verbreitet werden. Walter Köhn.

**Baltikum.** Von Kurt Blöger. Edwin Runge Verlag, Berlin 1938. 160 Seiten. Mit Kartenskizzen und Bildtafeln. Preis 3.— RM. — Das Buch zerfällt in drei Hauptteile: 1. Geschichte der baltischen Länder, 2. Entstehung der Staaten England, Lettland und Litauen, und 3. Innen- und Außenpolitik der neuen Staaten. Insofern als das Buch den Versuch unternimmt, einen Ueberblick über die wesentlichen, historischen und gegenwärtigen Tatsachen des Baltikums zu geben, fällt es eine fühlbare Lücke im deutschen außenpolitischen

Schrifttum aus. Es birgt jedoch eine Reihe von Mängeln. In den Einzelheiten der Darstellung ist es nicht immer zuverlässig, in der Behandlung der gegenwärtigen Fragen der drei Staaten nicht immer geschickt. Auch hätte u. a. die geschichtlich führende Stellung des baltischen Deutschthums stärker herausmodelliert werden können; z. B. erhält man von der Entwicklung der Verfassung Lettlands und Litauens kein verständliches Bild, was leicht zu Mißverständnissen führen kann, wo vom Verhältnis dieser Gebiete zum Deutschen Reich, zu Dänemark, Schweden, Polen und schließlich zu Rußland die Rede ist. Auch die Entwicklung der Verhältnisse der deutschen (und im Falle Litauens und Polnisch-Litauens der polnischen) Herrenschicht zu der fremdvölkischen Unterschicht wird nur bruchstückweise behandelt, was für den Laien das Verständnis der Zusammenhänge erschwert. Die Gesamtdarstellung hätte einer sorgfältigeren Durcharbeitung bedurft. Dr. R.

**Festplätze für Autovandere:** In Ostpreußen werden jetzt zahlreiche Festplätze für Autovandere eingerichtet, so daß die Kraftfahrer künftig an den schönsten Punkten der Provinz Rastplätze für sich und ihr Fahrzeug zur Verfügung haben werden. Mit 43 Festplätzen, die im Frühjahr fertig ausgebaut sind, dürfte Ostpreußen an der Spitze aller deutschen Gauen stehen. Die Festplätze erhalten festen Untergrund, gesicherte Zufahrtswege, Trinkwasser, Abort und sind so gelegen, daß in nächster Nähe Gelegenheit zu erfrischendem Bade ist.

**Reiseverkehr ins Baltikum:** Der am 15. Mai 1938 beginnende Sommerfahrplan wird Berlin eine wesentliche Beschleunigung des Zugverkehrs nach dem Baltikum bringen. Die Reisezeit von Berlin nach Riga wird um rund 5 Stunden 50 Minuten, die nach Reval um rund 13 Stunden verkürzt. In der Gegenrichtung wird man von Reval nach Berlin zweieinhalb Stunden weniger brauchen als bisher. Bei entsprechender Festsetzung der Dampferfahrzeiten wird die Zugbeschleunigung auch eine Verkürzung der Reisezeit von Berlin nach Helsinki um rund 24 Stunden und in umgekehrter Richtung um rund 6 Stunden zur Folge haben.

**Mustergaststätten in Masuren.** Der ostpreussische Kreis Angerburg hat Maßnahmen zur Verbesserung der Gaststätten beschloffen. Das Kurhaus Jägerhöhe und das Hegewaldheim bei Angerburg sollen Mustergaststätten für Ostpreußen werden. Sieben weitere, besonders günstig gelegene Gaststätten sollen außerdem so erweitert und modernisiert werden, daß sie größeren Reisegesellschaften als Standquartiere dienen können.

Verlag Dr. Friedrich Cramer, Berlin SW 61, Postbörse 24. — Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Reibel, Berlin-Friedrichshagen, Jäger 2. — Druck: Weltanschauung-Verlag, Berlin-Friedrichshagen, Postbörse 2. — Verantwortlich für Anzeigen: Kurt Haupt, Hirschmann b. Berlin. — Erscheint monatlich (jeweils Vollziehung vierteljährlich RM. 0,30. Einzelnummer RM. 0,20 und RM. 0,05 Postgebühr. — Anzeigenpreisliste 4. — S. 3. 8. g. — Alle Buchbestellen sind an den Bund Deutscher Lese, Berlin SW 30, Postb. 66 (Fernruf 25 09 14) zu richten.

# Preussische Zeitung

Die größte Tageszeitung  
in Ostpreußen

Das Sprachrohr von Partei und Staat

## Karl Haefele & Co.

Inh. Wilhelm Baschka, Königsberg (Pr.)  
Ruf 35238 Hoyerbeckstraße 22 a

**Stahlbau** Spezialität: **Baukonstruktionen**

## Vorstädtische Kur-Badeanstalt Königsberg

Vorstädtische Langgasse 6

## W. Geysel

**Aufzüge —  
Förderanlagen**

Tel. 21120

Königsberg, Albrechtstr. 23

Baugeschäft

**Artur Augurski**

Maurermeister

Hoch-, Tief- und Eisenbetonbau

Königsberg Pr., Samlandweg 47

Fernsprecher 20 441

## Erika



Anzahlung  
v. 24 Ruten  
zu RM 285 **7<sup>20</sup>**

Gustav  
**Goertz**  
Allenstein-  
Zeppelinstr. 18

Färberei  
**CAILLÉ & LEBELT**  
**reinigt chemisch**  
Königsberg I. Pr. 5

## Knittel & Welker

**Bauunternehmung**

Beton und Eisenbetonbau

Hoch- und Tiefbau

Königsberg I. Pr. Ruf 23384

Goitz-Allee 5

## Werkzeugmaschinen Werkzeuge

für Eisenbearbeitung

und Holzbearbeitung

Knuth & Jllas, Königsberg, Steindamm 177

**Heizungen  
Wasserleitungen  
Bäder usw.**

**Lingen u. Co.**

Königsberg - Pr.

Französische Str. 1

**Zentralheizungen  
Lüftungsbau  
sanitäre Anlagen**

Heizungsbau Königsberg

**Walter Schwikal**

Königsberg I. Pr.

Unterhaberberg 26. Tel. 443 06 und 443 05